Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.25 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 877.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 5 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 877.

Nr. 42. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 18. Februar 1933. | 15. Jahrgang.

Die Wahrheit ist keine Formel, die man weiß, sondern ein Element, in dem man lebt. Stählin.

Das wahre Gesicht der französischen Sicherheitspolitik.

Von O. Bungeroth.

Wir gehen einer neuen Abrüstungskonferenz in Genf entgegen. Bekanntlich hat die Fünfmächtekonferenz im vorigen Sommer die Gleichberechtigungsforderung Deutschlands grundsätzlich anerkannt; Frankreich jedenfalls nur mit einem nassen und einem trockenen Auge, und zwar unter dem Druck der Mehrheit auf dieser Konferenz. In seinem demnächst in Genf zur Diskussion stehenden Sondervorschlag macht Frankreich allerdings für die Durchführung der Gleichberechtigung Deutschlands u. der übrigen abgerüsteten Staaten zur Bedingung, die unbedingte Garantie der Sicherheit der zu der Abrüstungskonferenz gehörigen Staaten. Die Sicherheitspolitik ist eine der beliebtesten und leider bisher erfolgreichsten Waffen aus der diplomatischen Rüstkammer Frankreichs.

Daß die deutschen Außenpolitiker bisher dieser Waffe gegenüber vielfach wehrlos geblieben sind, hat seinen Grund darin, daß die Benutzung dieser gefährlichen, im Grunde harmlos aussehenden Waffe, stets mit einem nur den Franzosen zu Gebote stehenden diplomatischen Mittel verbunden ist, nämlich mit der Verschleierungskunst. Es ist nämlich den Franzosen in hohem Maße eigen, ihren politischen Absichten die harmloseste Außenseite zu geben, umsomehr, als die französische Sprache sich wie keine andere zu Euphemismen, d. h. zur Schönfärberei eignet. Sie meinen Eroberung, aber sie nennen es Verteidigung. Wir wollen hoffen, daß unsere Diplomaten sich die französischen Sicherungsforderungen möglichst genau ansehen, sie auf ihre wahre Gestalt prüfen und sich nicht durch „die historische Macht französischer Schlagworte", wie ein Franzose selbst die Fähigkeit der Verschleierung genannt hat, täuschen lassen. An keinem Punkte hat sich diese gefährliche Ueberlegenheit der Franzosen deutlicher gezeigt als in der Rheinpolitik. Geht man den einzelnen Phasen derselben nach, dann stößt man merkwürdiger auf einen Mann, der immer als Freund der deutschfranzösischen Verständigungspolitik gegolten hat. Man denke nur an Locarno und Thoiry. Kein anderer als Briand ist der Gründer der modernen Sicherheitspolitik, als deren Unterlage man sein berühmtes Geheimschreiben vom 14. Januar 1917 an Cambon, der damals französischer Botschafter in London war, betrachten muß. Dieses Dokument französischer Sicherheitspolitik ist ein Beweisstück dafür, daß der Kern dieser angeblichen Verteidigungspolitik in Wirklichkeit Eroberungs- und Annexionslust ist. Es lautet folgendermaßen: „Die Frage des linken Rheinufers muß unbedingt besprochen werden. Gute Geister in Frankreich, welche den ältesten Ueberlieferungen unserer nationalen Politik gtreu sind, bestehen auf diesem verlorengegangenen Erbe der französischen Revolution. . . Es ist aber zu beachten, daß die Wiedergewinnung der rheinischen Provinzen, die uns vor einem Jahrhundert entrissen wurden, als Eroberung betrachtet wird, und daß uns daraus gegenüber große Schwierigkeiten entstehen könnten." Also auch den eigenen Bundesgenossen gegenüber das Kind nicht bei dem rechten Namen nennen!

Die bereits 1917 beabsichtigte Eroberung, sei es in Form von Annexion, sei es in Form von Errichtung eines Pufferstaates mit Autonomie am linken Rheinufer, wird von Briand, wie seitdem stets von der französischen Diplomatie bis zur Rheinlandräumung, als harmlose Sicherungsgarantie hingestellt, wenn er fortfährt: „Wichtiger aber als ein ruhmvoller Vorteil ist es, einen Zustand herbeizuführen, der Europa und uns eine Garantie bietet und eine Deckung vor unseren Gebieten darstellt. Nach unserer Ansicht darf Deutschland seinen Fuß nicht mehr auf die andere Seite des Rheines stellen."

Man beachte, wie in dem letzten Satz der höfliche Franzose Europa vor das Wörtlein „uns" setzt, um die französischen Annexionsabsichten um so besser verschleiern zu können. Dasselbe Spiel hat Briand nachmals bei Aufstellung seiner Paneuropapläne gespielt. Hierbei zeigte er sein wahres Gesicht erst beim Auftauchen des deutschösterreichischen Zollunionsgedankens.

Uebrigens wagte Cambon es nicht, jenes für die französische Sicherheitspolitik so charakteristische Geheimschreiben den Londoner Diplomaten auch nur anzudeuten, da England derartigen französischen Annexionsgelüsten auch während des Weltkrieges ablehnend gegenüberstand, während Rußland sich wenige Wochen später zu einem Geheimvertrag verleiten ließ, der die Dardanellen gegen etwaige Ueberlassung des linken Rheinufers an Frankreich forderte.

Denselben Geist atmet später ein Memorandum der französischen Regierung vom 25. Februar 1919: „Die Erwägungen, welche die französische Regierung der Friedenskonferenz bezüglich der Frage des linken Rheinufers unterbreitet, haben keinen egoistischen Charakter. Sie zielen nicht auf Gebietsannexionen ab, sondern nur (Sic!) auf die Unterdrückung einer gemeinsamen Gefahr und auf die Schaffung eines gemeinsamen Schutzes. Es handelt sich nicht darum, einen Fingerbreit deutschen Gebietes zu annektieren, sondern nur darum, Deutschland seine Angriffswaffen zu nehmen. Soll man zu einem solchen Sicherungsdokument sagen „Wie rührend", oder, was der Franzose Michon nach Abschluß des sogenannten Friedens von Versailles von demselben sagte: „Zu allen Fehlern der alten Verträge fügte der Vertrag von Versailles noch einen neuen hinzu: die Heuchelei!"

Noch deutlicher und eindringlicher äußert sich am 24. Februar 1923, also kurz nach dem Ruhreinfall Delcassé: „Jetzt, wo der Sieg (den die Deutschen Ruhreinbruch, die englischen Kronjuristen Vertragsbruch nannten, d. Vf.) errungen ist, müssen die notwendigen Folgerungen gezogen werden. Unsere Sicherung und die Ruhe der Welt verlangen es, daß die Grenze Frankreichs an den Rhein verlegt wird. Das ist unsere Hauptgarantie. Dann müssen wir aber auch noch andere Garantien nehmen, die von äußerster Wichtigkeit sind. Preußen ist großenteils geschaffen worden durch die Vernichtung anderer deutscher Staaten. Es muß diesen Staaten die abgenommenen Gebiete wieder zurückgeben. Dann werden letztere an der Schwächung unserer unversöhnlichen Feinde direkt interessiert." Also: Annexion des linken Rheinufers und Zerstückelung Deutschlands, das war vor 10 Jahren das Kernstück der französischen Sicherheitspolitik. Es ist nur erfreulich, daß diese Absicht Delcassés nicht erreicht worden ist. Der von Bismarck 1870/71 bezwungene Partikularismus hat zwar nach dem Weltkrieg sein Haupt verschiedentlich erhoben, wie die Bewegung „Niedersachsen" und der Rheinische Separatismus bewiesen haben, aber er ist, zum Leidwesen der Franzosen, nicht zur Macht gelangt, und der Rhein ist seit drei Jahren frei.

Trotzdem ist nicht daran zu zweifeln, daß Frankreich auf der bevorstehenden Konferenz in Genf wieder alle Federn der Sicherheitspolitik spielen lassen wird. Freilich wird es sich diesmal nicht um das Rheinproblem handeln. Dasselbe ruht vorderhand, und wenn auch der Kampf um den Rhein zwischen Deutschland und Frankreich jederzeit wieder aufleben kann, freilich in Anbetracht der deutschen Ohnmacht, nur auf dem Gebiete der Diplomatie. Aber der Forderung der deutschen Gleichberechtigung in der Wehrfrage gegenüber wird Frankreich bei dem Sicherungsgedanken immer wieder nicht nur an die Verteidigung seiner heutigen Westgrenze denken, wenn es sich weigert, im selben Maße abzurüsten wie Deutschland, sondern an die Eroberung des Rheines. Denn sie bildet den Hintergrund aller seiner Weigerungen, wirklichen Ernst mit der Abrüstung zu machen. Ob es Frankreich wieder gelingen wird, neue Schlagworte zu erfinden zur Begründung seiner verlangten Sicherheitsgarantie, bleibt abzuwarten. Immerhin dürfte es der französischen Diplomatie diesmal nicht so ganz leicht werden. Befindet sie sich doch zwischen zwei Mühlsteinen. Der eine derselben ist das Versprechen allgemeiner Abrüstung nach dem Vortritt Deutschlands und der anderen abgerüsteten Staaten im Versailler Vertrag. Der andere ist das auch von Frankreich seinerzeit anerkannte Selbstbestimmungsrecht der Völker, welches neben dem Versailler Versprechen die Gleichberechtigungsforderung Deutschlands völkerrechtlich fundamentiert. Ob neben alledem die amerikanische Schuldenschraube, die Frankreichs Rüstungswünsche zu lähmen sucht, mit ihren Wirkungen bis nach Genf reicht, bleibt ebenfalls abzuwarten.

Ohne Zweifel wird Frankreich an seiner traditionellen, zur Verbrämung seines Machtstrebens dienenden Sicherheitspolitik festhalten, die ja nicht nur zurückreicht auf den letzten Weltkrieg und Briand, sondern auf die französischen Könige mit ihren ehrgeizigen Ministern, wie Richelieu und Mazarin. Auch die französische Revolution, die die Freiheit der Völker verkündete, also zum ersten Mäl ein Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannte, und sich von der historischen Politik der Könige abzuwenden schien, wurde bald ihren Grundsätzen untreu. Die Tradition trug den Sieg davon. Es gibt ja im Grunde kein konservativeres, ja reaktionäreres Volk als die angeblich so fortschrittlichen Franzosen. Frankreichs Sicherungspolitik hat seit Jahrhunderten dieselben Ziele, mögen dieselben auch unter den verschiedensten Decknamen auftreten. Es wird für unsere Diplomaten darauf ankommen, das wahre Gesicht derselben zu erkennen und sie öffentlich als das zu brandmarken, was sie sind, was im Schein des französischen, diplomatischen Brillantfeuerwerks nicht leicht sein wird.

Das befreiende Regierungsprogramm.

Der Regierungswechsel in Deutschland hat alle verantwortungsbewußten Menschen vor eine ernste politische Frage gestellt. Diese Frage hat nichts mit Begeisterungsreden, Rundfunkübertragungen, Fackelzügen und Uniformen zu tun. Sie steht jenseits der alltäglichen Stimmungsmache und ist rein persönlicher Art und lautet: **Was kann ich politisch tun, um mitzuhelfen am großen Werk des Wiederaufstiegs?** Absichtlich wird hierbei das Gebiet der Politik abgegrenzt. Selbstverständlich gibt es auch auf andern Gebieten unseres Gemeinschaftslebens viel für den Aufbau zu tun, da aber fast jeder Deutsche sich irgendwie politisch einstellt, ist es notwendig, daß er sich klar wird über das Warum und Wie. Unterlassungssünden sind auch Sünden und durch bloßes Mitlaufen wird man mitschuldig.

Die vergangenen 14 Jahre bedeuten in ihrem Gesamtkurs einen unaufhaltsamen Niedergang unseres Staats- und Volkslebens. Die Bilanz des Elends ist erschütternd. Sie ist so offensichtlich, daß es mehr als Zeit- und Kraftverschwendung bedeutet, mit stiller Befriedigung die Einzelheiten ans Licht zu zerren und das Schuldig über alle die maßgebenden Personen zu sprechen. Solch ein Richtertum birgt nämlich eine ungeheure Gefahr in sich. Es beschäftigt sich mit Menschen und nicht mit den Kräften und Ursachen, die hinter diesen Menschen die Politik entscheidend beeinflußten.

Es ist eine alte Weisheit, daß die Geschichte dem Menschen nur dann zum Segen werden kann, wenn man aus der Geschichte zu lernen vermag. Die Machthaber von 1918 haben es nicht vermocht. Sie taten sich groß darin, alles Vergangenen mit Schmutz zu bewerfen und, wenn möglich, die alten Führer für alles verantwortlich zu machen. Menschenbeschuldigung hat der Tagespolitik noch immer als billiges Propagandamittel dienen müssen. **Eines aber vergaß man: die Fehler des alten Systems nüchtern und wissenschaftlich zu erkennen und neue, bessere Wege zu suchen und zu beschreiten. Und hier liegen die Aufgaben für das Bessermachen der neuen Regierung.**

Bessermachen setzt eine nüchterne und leidenschaftslose Erkenntnis voraus. Viele, die bei dem Begriff der Regierungskunst das Hauptgewicht auf Kunst legen und darunter so eine Art salopper und genialer Begabung verstehen, leben in einem verfänglichen Irrtum. Wer Bismarcks Politik z. B. an den Quellen studiert hat, der weiß, wie sich der Altkanzler bis in die letzten Jahre hinein immer und immer wieder auf allen maßgeblichen Sachgebieten ein eingehendes Sachwissen zu verschaffen suchte. Hier geht es eben nicht ohne ernste und nüchterne Arbeit. **Eine Arbeit, die sich richtet nach der Dringlichkeit der Aufgaben und ihren klaren Niederschlag findet in einem Programm für das Handeln.**

Die dringlichste Aufgabe der gegenwärtigen Politik ist, populär gesprochen, Arbeit und Brot zu schaffen, umfassender gedeutet, die soziale Frage, die den ganzen Erdball beunruhigt, befriedigend zu lösen. Die Ausgestaltung der Arbeitsteilung durch den Siegeszug der Technik hat die Wirtschaft immer mehr zum Schicksalsfaktor werden lassen, der alle anderen Gebiete des menschlichen Lebens bestimmend beeinflußt. Was daher heute notwendig als politisch-wirtschaftliche Aufgabe gefordert werden muß, ist ein befreiendes Regierungsprogramm.

Ein befreiendes Regierungsprogramm hat nichts mit den vielen Tausenden von Vorschlägen zu tun, die, wie in allen Notzeiten, auch gegenwärtig von unbeamteten u. beamteten Quacksalbern aller Art, wenn auch vielleicht in ehrlichster Absicht, fabriziert werden. Ein befreiendes Regierungsprogramm trägt seinen Namen zu Unrecht, wenn es wirklich Wege zu einer Wirtschaftsankurbelung zeigt, aber eine Wirtschaftsankurbelung bringt, die zwangsläufig eine neue Krise nach sich zieht. Es trägt auch seinen Namen zu Unrecht, wenn es mit einem Zwangssystem nach bolschewistischem Vorbild den Menschen vergewaltigt und wichtige Faktoren des sozialen Lebens einfach nicht berücksichtigt. **Nun aber ist in Deutschland der Freiwirtschaftsbund FFF mit einem befreienden Regierungsprogramm hervorgetreten und hat in Form einer Volksaktion mit Unterschriftensammlung den sachlich-**

411 Stadt-Bibliothek S 839

politischen Kampf für dieses Regierungsprogramm aufgenommen.

Es soll hier nicht meine Aufgabe sein, dieses Programm kritisch zu würdigen. Ich bin selbst jahrelanges, aktives Mitglied der freiwirtschaftlichen Bewegung und meine Kritik kann nicht anders als positiv sein. Für eine solch einseitige Würdigung aber ist mir der Leserkreis des Aufwärts zu schade, zumal in der letzten Zeit immer und immer wieder die verschiedensten Vorkämpfer des Freiland-Freigeld-Gedankens im Aufwärts zu Worte gekommen sind. Wesentlich ist für mich, **daß sich die Leser des Aufwärts selbst ein sachliches Urteil bilden.** So möchte ich denn nur kurz auf den Inhalt des befreienden Regierungsprogrammes eingehen.

In der Einleitung werden als die vier großen Aufgaben unserer Politik klar herausgestellt: Das Wirtschaftsproblem, das Finanzproblem, das innerpolitische Problem und das außenpolitische Problem. Dann folgt der erste, kritische Hauptteil. Er beschäftigt sich mit der deutschen Politik bis zum Regierungswechsel Juni 1932, mit der Krise in den Vereinigten Staaten, der Krise in England, in Frankreich und Deutschland und mit einer Untersuchung der Ursachen. Die internationale Krisenverflechtung wird dabei im einzelnen nachgewiesen. Besonderes Interesse verdient die kritische Würdigung des Papenprogramms. Daran schließt sich der positive Teil an, **der erneut den sachlichen Nachweis liefert, daß die Freiwirtschaftsbewegung bereit ist, zu jeder Stunde die Regierung zu übernehmen und ihre Reformen auch bei den bestehenden politischen Verhältnissen durchzuführen.** Es sei hierbei auf das Kapitel: Deutschland im internationalen Verkehr, hingewiesen. Und dann auf die widerlegten Einwände: Der Umlaufzwang ist technisch nicht möglich, man kann nicht sparen, Die Indexstabilisierung kann nicht verwirklicht werden, die Loslösung vom Golde ist unmöglich, der bargeldlose Zahlungsverkehr macht die Geld- und Währungsreform illusorisch und schließlich der bekannte Einwand gegen die Binnenwährung. Den Schluß bildet das Kapitel über die Wirkungen der Freilandreform.

Die Denkschrift ist allen maßgebenden Regierungsstellen, Parteien und großen Organisationen zugesandt worden. Der Erfolg ist natürlich negativ verlaufen. Es fehlt der Freiwirtschaftsbewegung eben noch die Masse Mensch. Um so mehr jedoch sollte der einzelne prüfen, ob ein Programm mit solch vielverheißendem Titel auf Anmaßung oder auf politischem Können beruht. Die umfangreiche Denkschrift kostet 50 Pfg. und ist zu beziehen vom Freiwirtschaftl. Verlag, Essen, Savignystr. 23. Wer von den Aufwärtslesern das Geld für den Bezug der Denkschrift noch aufbringen kann, möge sich auf den Aufwärts berufen. Das ist ein kleiner Liebesdienst für dieses wirklich unabhängige soziale Tageblatt. Hinsichtlich der Denkschrift aber möge der Grundsatz lauten: Prüfet alles und behaltet das Beste.

Kurt Becker.

Regierungspräsident Stieler bleibt

Berlin, 17. Februar.

Reichskommissar Göring hatte mit dem Regierungspräsidenten von Aachen, Stieler, eine grundsätzliche Aussprache, in deren Verlauf der Minister den Regierungspräsidenten in Anerkennung seiner Amtsführung ersuchte, sein Amt weiter fortzuführen. Die Beurlaubung des Regierungspräsidenten Stieler ist damit aufgehoben.

Die Not der deutschen Bergleute in Sibirien!

Der große Mangel an Arbeitskräften in den sibirischen Kohlengruben veranlaßte den Trust „Kusbassugol" (Kusbaß—Kusnetzk—Bassin, ugol—Kohle) in Nowosibirsk zur Anwerbung von Arbeitern im Auslande, vor allem in Deutschland. Im Rhein-Ruhr-Revier und in Oberschlesien traten unbekannte Werber auf, die arbeitslosen Bergarbeitern die Verdienstmöglichkeiten in der Sowjetunion in lockenden Farben schilderten: Löhne von 300 bis 350 Rubel monatlich wurden „nachgewiesen" mit der Behauptung, daß der Rubel in der Sowjetunion einen Goldwert von 2,16 RM habe und ein Steiger dort 450 Rubel monatlich verdiene, die ebensoviel wert seien wie in Deutschland rund 900 RM usw. Derart günstige Erwerbsaussichten, an die unsere durch lange Arbeitslosigkeit und andere Ursachen verbitterten Bergleute blindlings glaubten, bewogen viele, mit der Bahn, auf Fahrrädern oder auch zu Fuß nach Berlin zur Sowjethandelsvertretung zu eilen, um dort schleunigst ihre Dienste anzubieten.

Um ihr Vorhaben nicht bekannt zu geben und um nicht daran gehindert zu werden, auch wirklich nach der „Heimat der Werktätigen" zu gelangen, vermieden sie es, eine Auswandererberatungsstelle oder ein Arbeitsamt zu befragen. Auch der **Evangelische Hauptverein für Deutsche Ansiedler und Auswanderer, Berlin N. 24, Monbijouplatz 10,** der jederzeit an alle Auswanderungswilligen kostenlos Rat und Auskunft erteilt, ist nicht von einem einzigen dieser Irregeleiteten um Rat gefragt worden. — So haben sich in den Monaten Oktober-November 1932 über 600 deutsche Bergleute verleiten lassen, nach Sibirien auszuwandern. Etwa die Hälfte von ihnen nahm — durch die Werber dazu bewogen — Frauen und Kinder mit.

Nach der Ankunft in Nowosibirsk wurden sie vom Trust „Kusbassugol" auf dessen verschiedene Zechen im Kusnetzk-Gebiet weitergeschoben, wo bald die unvermeidliche Ernüchterung kam. Bei manchem war die Enttäuschung gleich im Anfang so groß, daß sie die Arbeitsstelle nach kurzer Zeit verließen, um nach Deutschland zurückzukehren. Das war aber bisher nur wenigen möglich. Die übrigen sind aus verschiedenen Gründen gezwungen, einstweilen auszuharren und ihr hartes Los zu ertragen.

Nach übereinstimmenden Angaben dieser Bergleute sollen ihnen auch im Spezialistenbüro der Berliner Handelsvertretung die Verhältnisse ihrer Arbeitsstätte in Rußland in rosigem Lichte geschildert worden sein. Ihre vorsichtig geäußerten Zweifel wußte man zu beschwichtigen. Daraufhin setzten sie ihre Unterschrift unter einen angeblich nur russisch gedruckten „Kollektiv-Vertrag, von dessen Inhalt die Unterzeichner nur wußten, daß sie die Fahrtkosten ab Sowjetgrenze nicht mehr zu bezahlen brauchten, in der Sowjetunion wohl zu denselben Bedingungen wie die russischen Genossen arbeiten würden, aber einen Mindestschichtlohn von 5,75 Rubel haben sollten. — Solche verhältnismäßig noch günstigen Verträge wurden aber nur anfangs abgeschlossen. Die später angeworbenen Bergleute wurden veranlaßt, ohne Vertrag auszureisen. Was das zu bedeuten hat, wird weiter unten ersichtlich.

Die Hauptbeschwerden der russischen Bergleute in Sibiren richten sich nicht in erster Linie gegen die Unterkunft, sondern gegen die unzureichende Entlohnung, die in keinem Verhältnis zu der sehr teueren und trotzdem schlechten Verpflegung. Das billigste Frühstück in der Werkkantine kostet (Butter für 2 Schnitten Brot 50 Kopeken, Käse für zwei Schnitten 50 Kopeken, Tee 5 Kop., Brot unberechnet) 1,05 Rubel, ein Mittagessen (Teller Suppe 30 Kop., Fleischgericht 40—60 Kop., Nachspeise — Buchweizengrütze — 20 Kopeken, 1 Tasse Kaffee 15 Kop.) 1,05 bis 1,25 Rubel; für ein gleiches Abendessen bezahlt man dasselbe. Diese drei täglich benötigten Mahlzeiten kosten also mindestens 3,15 Rubel. Man berichtet, daß das Essen oft widerwärtig und schlecht sei. Es wird gegen Eßmarke — je Esser eine Marke — in Portionen verabreicht, die für körperliche Schwerarbeiter nicht ausreichend sind. Wer sich hintenherum eine zweite Eßmarke besorgen kann, muß einen höheren (vollen) Preis zahlen.

Nun verdient ein deutscher Bergmann mit Kollektivvertrag bei einem Schichtlohn von 5,75 Rubel in 25 Arbeitstagen — also monatlich — 143,75 Rubel. Die bescheidenste Verpflegung kostet ihn monatlich, wenn er täglich 3,15 Rubel dafür ausgibt, 94,50 Rubel. Also verbleiben ihm noch für alle anderen Bedürfnisse und allernotwendigsten Anschaffungen 49,25 Rubel, mit welchem Betrage aber bei den augenblicklich recht hohen Preisen für alle Bedarfsgegenstände einschließlich Lebensmittel, sehr wenig anzufangen ist. Dieser Lohn reicht bei größter Einschränkung nur eben für eine Person. Und wovon soll die Familie leben? Viele haben ihre Frauen und Kinder bei sich. —

Und nun die deutschen Bergarbeiter ohne Vertrag, die den russischen Genossen völlig gleichgestellt sind! Sie verdienen bei harter Arbeit nur 1 bis 3 Rubel, mitunter gar nur 80 bis 90 Kopeken (1 Rubel — 100 Kopeken) je Schicht, je nachdem der Steiger ihre Arbeit bewertet. Sie müssen als Schwerarbeiter oft, wenn nicht sogar ständig auf den regelmäßigen Genuß warmer Speisen verzichten und wie ihre russischen Genossen nur von trocken Brot und Tee leben. Und auch von diesen deutschen Arbeitern, mit einem derart kläglichen Einkommen haben viele ihre Familien bei sich! Selbst unentbehrlichste Bekleidungsgegenstände mußten, um nur das nackte Leben zu fristen, veräußert werden. Und das angesichts des rauhen sibirischen Winters, wo wochenlang Kältegrade von 30 bis 50 Grad Celsius herrschen.

Die nach Sibirien ausgewanderten Bergleute hungern und frieren. Sie haben sich allgemein davon überzeugen müssen, daß eine Bergmannsfamilie in Deutschland mit 50 Mark monatlicher Erwerbslosenunterstützung immer noch besser leben kann als in der Sowjetunion mit vollem dortigen Arbeitseinkommen. Das sollten sich alle arbeitslosen Bergleute und alle diejenigen in Deutschland, die ihre Blicke sehnsuchtsvoll nach der „Heimat der Werktätigen" richten, ernstlich vor Augen halten, damit sie nicht dem gleichen Schicksal wie jene nach dort gelockten Bergarbeiter anheimfallen. — Wer sich in irgendwelcher Weise nach dem Ausland verpflichten und auswandern will, der wende sich, bevor er irgendetwas in dieser Angelegenheit unternimmt, an den vorhin genannten Verein, von dem er sofort jede gewünschte Auskunft erhält.

Soeben trifft die Nachricht ein, daß 200 englische Ingenieure Rußland verlassen haben, und daß das dortige englische Generalkonsulat an die im ganzen Sowjetstaate lebenden britischen Staatsangehörigen eine Mahnung erlassen habe dahingehend, sobald wie möglich abzureisen, da sich die Lebensmittelnot voraussichtlich erheblich verschärfen werde.

„Heiliger Krieg" um eine kleine Prinzessin.

Die kirchlichen Sorgen der Dynastie Bulgariens.

Sofia. Mitte Februar 1933.

Als im Oktober 1930 in Assisi die Trauung zwischen dem bulgarischen Zaren Boris II. und der italienischen Prinzessin Giovanna stattfand, da schien es ausgemacht, daß die Verhandlungen, die während zweier Jahre zwischen dem Hof in Sofia und dem Vatikan wegen der Glaubensschwierigkeiten geführt worden waren, mit dem Sieg des Vatikans geendet hatten. Es war dem Fürstenpaar mit den verschiedenen Glaubensbekenntnissen — Zar Boris ist orthodox, die nunmehrige Königin katholisch — den gegenseitigen Herzenswunsch erfüllt zu bekommen, nicht leicht gemacht worden. Trotz aller Vermittlungsversuche lehnte der Papst jedes Zugeständnis ab, während Bulgarien bestimmt erwartete, daß die Eheverbindung zur Fortführung einer rein orthodoxen Dynastie führen würde.

Da die Trauung nach katholischem Ritus vorgenommen wurde, mußte vorher die Zusicherung der Eheleute erteilt worden sein, daß alle Kinder später katholisch getauft würden. Darüber entstand in Bulgarien Unzufriedenheit, und der Metropolit Simeon von Varna ließ das Königspaar wissen, daß er es erst als getraut betrachten würde, wenn auch eine orthodoxe Trauung vollzogen sei. In Sofia fand infolgedessen eine „Einsegnung" in der Kathedrale statt, die von ganz Bulgarien als „Nachtrauung" aufgefaßt wurde. Daß auch Rom der gleichen Ansicht war, zeigte sich, als der Papst wenig später mit Bedauern feststellte, daß man sich „in Glaubensdingen auch nicht mehr auf königliche Versprechungen verlassen" könne. Danach trat Ruhe ein, bis der „Glaubenskrieg "im Herbst vorigen Jahres wieder losbrach, als es offensichtlich wurde, daß die Ehe des Königs mit Nachkommenschaft gesegnet sein würde. Die Vertreter der beiden Religionen schickten sich an, um den Glauben des zu erwartenden Erstgeborenen den „Heiligen Krieg" zu beginnen.

Am 13. Januar, es war außerdem am Freitag, kündigten 21. Kanonenschüsse an, daß eine blugarische Prinzessin zur Welt gekommen ist. Zur gleichen Stunde ließ der päpstliche Vertreter im Königsschloß anfragen, wann er die katholische Taufe vornehmen könne. Den gleichen Schritt unternahm der orthodoxe Metropolit von Sofia, und zwei Tage blieb es ungewiß, wer Sieger bleiben würde. Daß diese Angelegenheit für Bulgariens Dynastie und damit für die Zukunft Bulgariens größte Bedeutung haben mußte, war allseits klar. Das bulgarische Königshaus hatte vor drei Jahrzehnten schon einmal eine Religionswahl treffen müssen, die dem damaligen Fürsten Ferdinand schwer genug angekommen ist. Ferdinand, heute Exzar, war katholisch wie auch seine Gattin und der erstgeborene Kronprinz Boris, heute regierender König, wurde in dieser Religion getauft.

In dem Bestreben die Dynastie dem orthodoxen Volk näherzubringen und sich auch das Wohlwollen Rußlands zu erringen, wurde Kronprinz Boris im Alter von 3 Jahren umgetauft. Umsonst suchte Ferdinand vom Papst Verzeihung zu erlangen, er wurde aus der katholischen Kirche ausgestoßen. Der Jubel Bulgariens über diese Entscheidung mußte dem Zaren Trost sein. In der Erinnerung an diese Vorgänge hat man mit Spannung erwartet, welche Entscheidung Zar Boris treffen würde.

Man brauchte nicht lange zu warten. Am dritten Tage nach der Geburt der Prinzessin wurden die Kabinettsminister, der Sobranjepräsident Malinoff, einige Generäle und Staatsmänner eilig ins Palais berufen, wo in aller Stille die orthodoxe Taufe vorbereitet war. Der Streit war entschieden — Bulgariens Dynastie wird rein orthodox sein. Der Papst, die Königin von Italien, die man in Sofia erwartete, sie alle waren vor die vollendete Tatsache gestellt. Der Konflikt mit dem Vatikan war da. Nur für Bulgarien ist die Sachlage einfach. Nicht nur für die 6 Millionen im heutigen Bulgarien lebenden Angehörigen der bulgarischen orthodoxen Landeskirche, sondern auch 2 Millionen Minderheiten halten an der Kirche fest und sehen in ihr die Staatsreligion, der auch das Königshaus angehören muß.

Zar Boris ist in den 12 Jahren seiner Regierungszeit politisch niemals in den Vordergrund getreten; die Taufrede aber, die er vor der kleinen Prinzessin Maria Luise gehalten hat, war ein politischer Akt weittragendster Bedeutung. Nur ein paar Sätze sprach der König, und doch ist Bulgariens Vergangenheit und Zukunft mit ihnen umrissen. So hoch schätzt der König die politischen und geistigen Verdienste der Landeskirche um Bulgariens Befreiung aus dem Türkenjoch ein, daß er sie des Opfers eines neuen Konflikts mit dem Papste — von dem Gewissenskonflikt in der königlichen Familie gar nicht zu reden — für wert erachtet. Ohne die kämpferische orthodoxe Kirche wäre das bulgarische Volk 1878 nicht frei geworden. Der Traum von der Wiederaufrichtung eines starken Bulgarien, das also auch die heutigen Minderheiten in den Nachbarstaaten umfassen soll, ist nur erreichbar unter einer fest im Volk verwurzelten Monarchie; unerreichbar unter einer „Republik Bulgarien".

Nicht um der Koburger Dynastie willen, sondern wegen des Fortbestandes eines selbständigen Bulgariens hält der Bulgare am Königshaus fest. Das weiß der Zar, und er hat am 15. Januar den Willen und die Wünsche seines Volkes geehrt. Weil das bulgarische Volk dies- und jenseits seiner heutigen Grenzen orthodox ist und mit der orthodoxen Bibel um sein kulturelles Eigenleben kämpft, hat König Boris den Sobranje-Präsidenten Malinoff zum Taufpaten ausersehen, den Führer der demokratischen Partei, weil dieser nach des Königs Ausspruch der berufenste Vertreter der Volksmeinung ist, die eine orthodoxe Dynastie will. So hat Malinoff die kleine Prinzessin über das Taufbecken gehalten.

Wenn der überaus beliebte volkstümliche König überhaupt noch fester in das Herz seines Volkes eindringen konnte, dann geschah es durch diesen Akt. Mit seltener Einmütigkeit greift die bulgarische Presse aller Richtungen mit offener Feindseligkeit den Vatikan und seinen Vertreter in Sofia an, weil der Vatikan, ohne die Gefühle Bulgariens zu achten, auf verbriefte Ansprüche pocht. Sofia läßt durchblicken, daß die Empörung in der Vatikanstadt weder im Palazzo Venezia noch im Quirinal geteilt wird, und das ist für die Politik ausschlaggebend. Für Italiens Ostpolitik ist Bulgarien zu wichtig, als daß man sich in dieser Frage für den Vatikan einsetzen würde. Außerdem ist man überzeugt, daß es auch der Papst bei einer heftigen Enzyklika gegen „abtrünnige, glaubenslaue" Fürsten bewenden lassen wird und die junge, schöne bulgarische Königin, die gar keine Möglichkeit hatte, sich der orthodoxen Taufe ihres Kindes zu widersetzen, nicht aus dem Schoß der Kirche bannen wird. — Um den Petersplatz aber wird Politik auf lange Sicht gemacht — wer weiß, wie sich in einem Menschenalter die Beziehungen zwischen der bulgarischen Kirche und Rom gestalten?

W. E. Brell.

Die Länder und das Reich

Protest im Reichsrat.

Berlin, 17. Februar.

Der Reichsrat hielt unter Vorsitz von Reichsinnenminister Dr. Frick eine Vollsitzung ab, die besonders starkes Interesse in der Oeffentlichkeit fand und zu der Publikum und Presse zahlreich erschienen waren. Zum ersten Male war das Land Preußen vertreten durch die von den Reichskommissaren ernannten Reichsratsbevollmächtigten. Die von der Regierung Braun bevollmächtigten preußischen Vertreter waren nicht erschienen. Sofort nach Eröffnung der Sitzung verlas der bayerische Vertreter, Ministerialdirektor Sperr, folgende bayerische Erklärung:

1. Der Reichsrat ist eine ausgesprochen bundesmäßige Einrichtung zur Wahrung des Anteiles der Länder an der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches.

2. Die Stimmführung der Länder im Reichsrat muß von der Reichsgewalt unabhängig sein.

3. Die Beteiligung von Reichskommissaren an der Abstimmung im Reichsrat widerspricht also dem Grundaufbau des Reiches.

4. Jedes deutsche Land ist berechtigt, die Einhaltung der verfassungsmäßigen Zusammensetzung des Reichsrats zu verlangen, ohne daß ihm hieraus ein Vorwurf der Einmischung in Angelegenheiten eines anderen Landes gemacht werden kann.

Die bayerische Regierung lehnt eine Einmengung in innerpreußische Angelegenheiten ausdrücklich ab. Sie hält aber im Einklang mit der Stellungnahme des Reichsstaatsgerichtshofes an den dargelegten verfassungsmäßigen Grundlagen des Reichsrates fest und legt deshalb gegen die Beteiligung des Reichskommissars in Preußen oder sonstiger Reichsbeauftragter an der Beratung und Abstimmung im Reichsrat Rechtsverwahrung ein, weil diese Beteiligung eine dem Wesen des Reichsrates widersprechende Veränderung bedeuten würde. Nach diesen Grundsätzen muß die bayerische Regierung ihre künftige Stellungnahme bemessen."

Baden und Hessen legten gleichfalls Rechtsverwahrung ein; der sächsische Vertreter erklärte, die Frage der Rechtsbeständigkeit der Ernennung gehöre nicht vor das Forum des Reichsrats.

Der Vertreter der Rheinprovinz Hammacher stimmte namens der preußischen Provinzen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Oberschlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinland der bayerischen Erklärung zu. Er protestierte dagegen, daß Vertreter der Reichskommissare im Reichsrat erschienen seien. Er spreche nicht nur für die sieben preußischen Provinzen, sondern auch für die preußischen Staatsminister, die ihn durch besondere Vollmacht ermächtigt hätten, das Stimmrecht für die preußischen Staatsminister im Reichsrat auszuüben. Eine Sitzung, bei der die Reichskommissare die preußischen Stimmen abgeben würden, sind in jedem Falle ungültig.

Reichsinnenminister Dr. Frick erklärte, daß für die Reichsregierung einzig und allein die Verordnung des Reichspräsidenten magebend sei.

Der Antrag

Als dann von der Ernennung der neuen preußischen Bevollmächtigten Kenntnis gegeben wurde, beantragte der badische Gesandte im Auftrage Bayerns, Sachsens, Württembergs, Badens, Hessens, Hamburgs, Bremens und Lübecks, festzustellen, daß der Reichsrat von der Bestellung der Bevollmächtigten Kenntnis nehme, ohne zu der Rechtsfrage Stellung zu nehmen.

Da die Rechtsbeständigkeit der Ernennung von der Entscheidung des Staatsgerichtshofs abhängig sei, wird beantragt, bis zu dieser Entscheidung die Beratungen und Beschlußfassungen des Reichsrates auf besonders dringende Gegenstände zu beschränken.

Die Vertreter Thüringens, Mecklenburg-Schwerins, Oldburgs, Braunschweigs, Anhalts und von Lippe und Neustreliz geben Erklärungen ab, daß sie die von der Reichsregierung gegenüber Preußen geschaffene Lage anerkennen und die preußische Kommissariatsregierung als rechtsmäßig eingesetzt ansehen.

Reichsinnenminister Frick

betonte gegenüber dem Vertreter der Rheinprovinz, daß selbstverständlich allein die Vertretung der derzeitigen preußischen Regierung zur Stimmabgabe berechtigt sei. Die sieben preußischen Provinzen gaben gegen diese Erklärung Protest zu Protokoll, während der bayerische Vertreter erklärte, daß unbeschadet der Frage der Rechtsbeständigkeit in der Zwischenzeit eine Vertretung der Regierung Braun im Reichsrat unmöglich geworden sei.

Die Abstimmung

Darauf wurde der badische Antrag mit 39 gegen 26 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Für den Antrag stimmten Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Hamburg, Bremen, Lübeck, Schaumburg-Lippe und die Provinzvertreter von Berlin, Grenzmark Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz. Oberschlesien enthielt sich der Stimme.

Zum Schluß nahm der Reichsrat von der Wiederernennung des Reichsministers a. D. Dr. Syrup zum Präsidenten der Arbeitslosenversicherung Kenntnis.

Rentenkürzung aufgehoben

Berlin, 17. Februar.

Das Reichskabinett beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Hitler mit Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft, und zwar Zollfragen und Maßnahmen zur Stützung des Getreidemarktes. Weiter wurden die sozialpolitischen Milderungen besprochen. Die Beratungen über die Aufhebung der Rentenkürzungen sind abgeschlossen. Die Aufhebung dieser Kürzungen wird für Ende der Woche erwartet. Zum Schluß befaßte sich das Reichskabinett noch mit politischen Fragen. Dazu gehören offenbar auch personelle Dinge, über die sich jedoch im Augenblick noch nichts sagen läßt.

•

Die amtliche Mitteilung über die Kabinettssitzung.

Berlin, 16. Februar. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich heute (Donnerstag) nachmittag mehrere Stunden mit einer Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen. Verabschiedet wurden die Vorlagen über die Milderung von Härten in der Sozialversicherung und der Reichsversorgung. Ferner befaßte sich das Kabinett mit einer Vorlage über Zolländerungen für landwirtschaftliche Positionen sowie mit Vorschriften zur Regelung der Hopfenanbaufläche, der Instandsetzung von landwirtschaftlichen Wohnungen und der Förderung der Verwendung von inländischem Käse. Schließlich wurde der Entwurf einer Verordnung zur Förderung der Getreidebewegung und das neue Stillhalteabkommen erörtert.

Deutscher Vorbehalt

Stellungnahme zu der Vereinheitlichung der Wehrsysteme erst nach Festlegung der Einzelheiten der neuen Wehrorganisation.

Genf, 17. Februar.

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz beschäftigte sich mit der Frage der Luftrüstungen und beschloß schließlich die Einsetzung eines Ausschusses, dem die Vorschläge der Delegationen Deutschlands, Englands und Frankreichs überwiesen wurden. Der neue Ausschuß soll seine Arbeiten innerhalb von 14 Tagen abschließen.

Die deutschen Vorschläge fordern eine Entscheidung darüber, 1. ob die völlige Abschaffung der Militär- und Marineluftfahrt verbunden mit einer internationalen wirkungsvollen Kontrolle der Zivilluftfahrt durchgeführt werden soll, und 2. ob das Luftbombardement in uneingeschränkter Weise verboten werden soll.

Im weiteren Verlaufe seiner Beratungen behandelte der Hauptausschuß die Frage der Effektivstärke. Botschafter Nadolny, der Führer der deutschen Delegation, erklärte, der französische Plan der Vereinheitlichung der Wehrsysteme sei außerordentlich interessant und erinnerte dann daran, daß das Reichswehrsystem Deutschland aufgezwungen worden ist. Die Frage liege nahe, ob diesmal eine Gewähr dafür vorhanden sei, daß sich das von Frankreich gewünschte Wehrsystem als ideale und für alle Zeiten richtige Lösung erweisen werde.

Ich kann mich, so erklärte Botschafter Nadolny dann wörtlich, des Eindruckes nicht erwehren, daß der französische Vorschlag, der auf die Beseitigung der aus langdienenden Soldaten bestehenden Einheiten abzielt, das zum Ziele hat, was uns vor 14 Jahren mit dem ausgesprochenen Zweck der Abrüstung auferlegt worden ist. Wir sind davon entfernt, ein reines Berufsheer als Ideal und für die deutschen Verhältnisse passend anzusehen. Man wird aber begreifen, daß es nicht ohne weiteres möglich ist, die mühsame Aufbauarbeit von 14 Jahren lediglich deshalb zu zerstören, weil die Ansichten über die dieser Wehrorganisation innewohnenden Eigenschaften sich an manchen Stellen gewandelt haben.

Bevor die deutsche Regierung zu der Frage des Einheitstyps Stellung nehmen kann, ist darum notwendig, genau zu wissen, was letzten Endes an die Stelle des zu zerstörenden Organismus gesetzt werden soll. Der französische Vorschlag spricht sich nur in großen Zügen über das neue Wehrsystem aus.

Ich muß daher erklären, daß für uns eine endgültige Entscheidung erst möglich ist, wenn uns die Einzelheiten der geplanten Organisation bekannt sind und auch eine Entscheidung über das Maß der Abschaffung des agressiven Materials vorliegt.

Das vorgeschlagene System solle Heere schaffen, deren Stärke in ihren ausgebildeten Reserven ruhe. Wenn nach dem französischen Plan alle europäischen Staaten in Zukunft Heere mit kurzer Dienstzeit haben sollten, so gehe daraus konsequenter Weise hervor, daß der ungeheure Unterschied, den die Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht in ihren 14 Reservistenjahrgängen besäßen, in irgendeiner Form berücksichtigt werde.

Ueberseeheere, die in naher Verbindung zum Mutterlande ständen, oder von denen gar Teile in nicht zu unterschätzender Stärke im Mutterlande selbst stationiert seien, müßten selbstverständlich den Streitkräften des Mutterlandes zugerechnet werden.

Die deutsche Delegation ist also bereit, die Frage im Effektiv-Komitee zu diskutieren, behält sich aber ihre endgültige Stellungnahme vor, bis alle Einzelheiten bekannt sind.

•

Ein neues Zeichen für Frankreichs beherrschende Stellung auf der Abrüstungskonferenz.

Genf, 16. Februar. In deutschen und italienischen Kreisen ist allgemein aufgefallen, daß in dem auf Vorschlag Hendersons eingesetzten Sonderausschuß für die Behandlung der Luftrüstungen zwar Siam und Indien vertreten sind, dagegen die an den Luftfahrtfragen besonders interessierten europäischen Staaten, wie Oesterreich und Ungarn, nicht zugezogen wurden. Diese einseitige Zusammensetzung des Ausschusses, die offensichtlich nur den Interessen der französischen Staatengruppe entspricht, wird allgemein scharf bemängelt und als ein neues Zeichen für die heute noch völlig von Frankreich beherrschte Gesamtführung der Abrüstungskonferenz aufgefaßt.

Keine Reichspropagandastelle. In der Presse ist behauptet worden, die Reichsregierung beabsichtige, den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Goebbels zum Leiter einer Reichspropagandastelle zu machen, der auch der Rundfunk unterstellt werden solle. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die Schaffung einer solchen Stelle im Reichskabinett nicht besprochen worden.

Vorstoß gegen Revision

Berlin, 17. Februar.

Während sich die Aussichten einer allgemeinen Verständigung auf der Grundlage vertrauensvoller Zusammenarbeit im Völkerbund und im Zeichen der Abrüstungskonferenz von Tag zu Tag weiter verschlechtern, scheint das in der Vorkriegszeit stark entwickelte System der Bündnisse und Gruppenbildungen wieder neu aufzuleben. Eine neue Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente hat soeben zu einem so engen Zusammenschluß der drei Staaten Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien geführt, wie er bisher in Europa noch nicht vorhanden war. Nach den Vereinbarungen soll die Kleine Entente in eine „internationale Einheit mit selbständiger Persönlichkeit" umgewandelt werden, die auch anderen Staaten zum Beitritt offenstehen soll, also durch Einbeziehung von Polen und Ungarn zu einem großen Südostblock, einem Donaubund ausgebaut werden soll.

Das Organ dieses neuen Staatenblocks soll der aus den drei Außenministern bestehende ständige Rat sein, der jährlich dreimal tagen wird. Außerdem ist ein ständiges Sekretariat in Genf und ein Wirtschaftsrat zur fortschreitenden Angleichung der wirtschaftlichen Interessen der drei Länder untereinander und mit anderen Ländern geplant. Der Zusammenschluß der drei Staaten geht soweit, daß jeder politische Vertrag der drei Staaten und jeder einseitige Akt, der die politische Lage eines der drei Länder gegenüber einem weiteren Staate ändert, ebenso wie jedes von wichtigen politischen Folgen begleitete Wirtschaftsabkommen der Zustimmung des Rates der Kleinen Entente bedarf.

Die politischen Verträge jedes der drei Staaten mit anderen Ländern sollen fortschreitend soviel als möglich vereinheitlicht werden. Die bestehenden Bündnisabkommen zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien und der Tschechoslowakei mit Südslawien, die durch die Bestimmungen des neuen Paktes ergänzt werden, sollen auf unbestimmte Dauer verlängert werden. Im übrigen haben die drei Minister wichtige Beschlüsse in bezug auf Schiffahrt, Eisenbahn, Post, Radio sowie über die wirtschaftlichen Beziehungen im allgemeinen und besonders die Zollpräferenzpolitik gefaßt. Auch soll ein Plan für die Zusammenarbeit der drei Notenbanken aufgestellt werden.

Die Unterzeichnung des Abkommens über die Neuorganisierung der Kleinen Entente erfolgte inzwischen durch die Außenminister Rumäniens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei. Es wurde vereinbart, daß die notwendigen Ratifizierungen vor der nächsten Tagung der Kleinen Entente in Prag Ende Mai vorgenommen werden sollen.

Der Abschluß des neuen Donaubundes hat in der europäischen Oeffentlichkeit größtes Aufsehen erregt. Die Urteile der englischen und französischen Presse über den neuen Staatenblock, der nicht weniger als 48 Millionen Menschen umfaßt, geben der Auffassung recht, daß es sich hier um ein Ereignis von allererster Bedeutung und um einen planmäßig angelegten Versuch zur Ausschaltung des deutschen und italienischen Einflusses in der europäischen Politik handelt. Der Genfer Korrespondent des „Daily Herald" erblickt in dem Vorgang die größte politische Veränderung seit Abschluß der Friedensregelungen. Es sei der erste Schritt zur Bildung eines Donaubundes, der den größeren Teil der vormaligen österreichisch-ungarischen Monarchie und noch weitere Gebietsteile umfassen werde. Der französische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" vertritt ganz offen die Ansicht, daß diese Bildung eines „organischen politischen Gebildes von ganz neuer Art" in erster Linie eine Befestigung der gegenwärtigen Grenzziehungen in Zentraleuropa — also ein Kampfblock gegen die Revision der Friedensverträge — und in zweiter Linie eine unmittelbare Abwehr der Bemühungen zur Ausdehnung des italienischen Einflusses auf dem Balkan, besonders in Dalmatien darstelle. Es sei auch anzunehmen, daß die Skoda-Werke in der Tschechoslowakei zu einem großen Waffenarsenal für die drei Staaten umgewandelt würden. Bei der Klausel über den Beitritt weiterer Staaten zu der neuen Vereinigung sei vor allem an Polen gedacht worden.

Natürlich wird der enge Zusammenschluß der drei Staaten der Kleinen Entente in der Pariser Presse einstimmig begrüßt und als die Bildung einer geschlossenen Front gegen die „Drohungen" Italiens, Deutschlands und Ungarns bezeichnet, obwohl Mussolini kurz vorher im italienischen Ministerrat ausdrücklich erklärt hatte, daß die Mitteilungen über ein italienisch-deutsch-ungarisches Bündnis, von dem in dem Auswärtigen Ausschuß der französischen Kammer die Rede war, eine reine Erfindung sind.

Die Bedeutung des kategorischen Dementis, das der italienische Regierungschef gegen die Gerüchte über den angeblichen Bündnisvertrag zwischen Deutschland, Italien und Ungarn abgegeben hat, wird in der römischen Presse durch große Aufmachung und eine sehr deutliche Sprache stark unterstrichen. Größte Beachtung findet ein „Verantwortlichkeiten" überschriebener römischer Leitartikel des „Popolo d'Italia", der offenkundig aus ganz besonders berufener Feder stammt und sich in schärfster Weise gegen den „unqualifizierbaren Versuch der Vernebelung und Verleumdung zum Schaden Italiens und der Ruhe Europas" wendet. Man stehe vor einem regelrechten Attentat auf den Frieden. Die zu politischen Zwecken vorgenommene Dokumentenfälschung sei eine Industrie, die noch keine Krise kenne.

„Wer kann" — so fragt dann das Blatt — „angesichts dieses Aufwandes an Giftgasen noch an die Aufrichtigkeit des französischen Pazifismus glauben, und wer kann da noch die Versuche zur Herstellung besserer Beziehungen zwischen Frankreich und Italien ernst nehmen? Kann irgend etwas Dauerhaftes aufgebaut werden, wenn man von einer Lüge ausgeht? Tatsache ist, daß Frankreich nicht abrüsten will und nicht abrüsten wird. Es wird auch nicht auf ein einziges Gewehr verzichten. Um sich aber vor der Welt ein Alibi zu schaffen, muß es phantastische Bündnisse und Kriegsgefahren am Rhein und auf den Alpen erfinden. Die Welt weiß aber, wer die Abrüstung will und wer die Erhaltung der Rüstungen, wer den Frieden will und wer den Krieg vorbereitet, um Europa zu beherrschen. Die Verantwortlichkeiten sind klargestellt. Niemand bedroht Frankreich, das aber seinerseits Europa und die Welt bedroht mit seinen ins ungemessene angewachsenen Rüstungen, mit seinem Geiste der Intrige, mit seinem Ehrgeiz, mit wildem, jedoch keineswegs heiligen Egoismus, mit seinem alles überbietenden und unerschütterlichen Unverständnis gegenüber der Entwicklung und gegenüber den Bedürfnissen anderer Völker, mit seinen Bündnissen und mit seiner von der Rüstungsindustrie finanzierten Presse."

Die Ausführungen des römischen Blattes lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und brandmarken rücksichtslos die heuchlerische Art, mit der Frankreich die Abrüstung zu sabotieren und gleichzeitig seine Vorherrschaft in Europa zu verewigen sucht. Aber ebensowenig wie in Italien wird man auch in Deutschland jemals glauben, daß der Zusammenschluß der Balkanstaaten der Kleinen Entente lediglich oder in der Hauptsache aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt ist. Sein Hauptzweck liegt auf politischem Gebiet, der Südostblock soll ein Gegengewicht gegen alle Revisionsbestrebungen bilden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß auch hier wieder Frankreich die Hand im Spiele hat. Herr Benesch, der tschechische Außenminister, der sich schon immer als ein gefälliger Diener der französischen Regierung gezeigt hat, war auch hier das willfährige Werkzeug der französischen Machtpolitik. Aber alle diese hinterhältigen Machenschaften und Verschwörungen werden unseren Willen zur Erringung der Freiheit nur noch stärken. Der Kampf gegen Versailles bleibt unsere Losung!

Anschlag auf Roosevelt

Fünf Schüsse abgefeuert. — Präsident Roosevelt nicht getroffen. — Bürgermeister Cermak-Chicago schwer verletzt. —

Neuyork, 17. Februar.

In Miami auf der Halbinsel Florida wurde anläßlich eines Empfanges, der zu Ehren des künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Roosevelt, veranstaltet worden war, ein Revolveranschlag verübt. Der Täter feuerte fünf Schüsse ab. Während Präsident Roosevelt unverletzt blieb, wurden der Bürgermeister von Chicago, Cermak, sowie zwei Frauen, ein Junge und zwei Männer von den Kugeln getroffen. Der Attentäter wurde sogleich verhaftet. Wie die Ermittlungen ergaben, handelt es sich um einen italienischen Staatsangehörigen namens Guiseppe Zanagara, der in Kalabrien geboren wurde, 33 Jahre alt ist und in den Vereinigten Staaten als Maurer tätig war.

Während die Geheimpolizisten, die sich in nächster Nähe Roosevelts aufhielten, den Attentäter verhafteten, rief die Menge: „Hängt ihn auf! Schießt ihn nieder!" Eine Frau, die neben Zangara stand, war geistesgegenwärtig genug, den Arm des Attentäters nach dem fünften Schuß hochzuschlagen, so daß ein letzter sechster Schuß in die Luft ging.

Angesichts der Aufregung der Menge wandte sich Roosevelt um und winkte mit erhobenem Arm, um zu zeigen, daß er unverletzt sei. Der Täter wurde vom Publikum ohne Schwierigkeit ergriffen und der Polizei übergeben, die ihn unverzüglich ins Gefängnis brachte.

Roosevelt gab seinen Plan, nach Neuyork abzureisen, auf und stieg in das Auto, in dem der verwundete Bürgermeister von Chicago nach dem Krankenhaus gebracht wurde. Am Auto sitzend hielt Roosevelt den Kopf des Verletzten in seinem Arm.

Die Verletzten

Die Polizei stellte folgende Verletzungen bei Begleitern Roosevelts oder umstehenden Personen fest:

Der Chicagoer Bürgermeister Cermak hat einen Brustschuß erhalten; sein Zustand ist ernst. Die Kugel drang durch das Zwerchfell, streifte die Leber und blieb in dem elften Rückenwirbelknochen stecken. Die Aerzte halten einen chirurgischen Eingriff für gefährlich. Ein Geheimpolizist namens William Sinnott bekam einen Kopfschuß. Leicht verletzt wurden zwei Frauen, darunter Frau Gill, die Ehefrau des Präsidenten der Kraft- und Lichtgesellschaft Florida, ein Junge und ein Mann namens Galloway. Roosevelt besuchte sämtliche Opfer des Attentats im Krankenhaus.

Die amerikanischen Zeitungen bringen das Attentat in großen Schlagzeilen. Aus allen Teilen des Landes wird tiefste Empörung und Bestürzung gemeldet.

Im Weißen Hause wurden umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Vor der Tür des Zimmers Hoovers wurde eine Wache aufgestellt. In Chicago herrscht von neuem Entrüstung gegen die „öffentlichen Feinde", nämlich die Gangsters, die in dem Verdacht stehen, den Anschlag verursacht zu haben. Die Blätter erinnern auch daran, daß ein Wahnsinniger im Oktober 1912 Theodore Roosevelt zu erschießen versuchte.

Hindenburg an Hoover

Reichspräsident von Hindenburg und die Reichsregierung haben den deutschen Botschafter in Washington beauftragt, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Hoover ihre Genugtuung über das Mißlingen des Attentats auf den neuen Präsidenten Roosevelt zum Ausdruck zu bringen.

Portugal abgewiesen

Die Entschädigungsansprüche an Deutschland in Höhe von 48 Millionen Mark erledigt.

Paris, 17. Februar.

Das Internationale Schiedsgericht zur Auslegung des Young-Planes hat durch Schiedsspruch die Klage Portugals gegen Deutschland auf Zahlung von 48 Millionen Goldmark abgewiesen und erklärt, diese von einem Lausanner Schiedsgericht der portugiesischen Regierung wegen sogenannter Neutralitätsschäden zugesprochene Summe falle unter die allgemeinen Kriegsentschädigungen, die in den verschiedenen Reparationsabkommen enthalten sind.

Der Schiedsspruch bedeutet praktisch die Befreiung Deutschlands von dieser Zahlung, die noch aus dem Kolonialkrieg in Afrika herrührt. Damit ist auch ein Präjudiz gegenüber den Forderungen anderer Staaten aus sogenannten Neutralitätsschäden geschaffen.

Von der D. V. P. zu den Deutschnationalen.

— Berlin, 17. Februar. Frau Klara Mende, die dieser Tage aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten ist, hat sich, wie der „Lokalanzeiger" meldet, der Deutschnationalen Volkspartei angeschlossen. Wie das Blatt weiter mitteilt, hat der bekante Vorkämpfer gegen die Kriegsschuldlüge, Alfred von Wegerer, der Herausgeber der Zeitschrift „Berliner Monatshefte", ebenfalls seinen Beitritt zur DNVP erklärt.

Nur drei Ueberlebende

Breslau, 17. Februar.

Von den auf der Königin-Luise-Grube Verunglückten sind drei weitere tot geborgen worden. Von den am Vortage lebend geborgenen vier Bergleuten ist einer inzwischen seinen Verletzungen erlegen, so daß die Zahl der Ueberlebenden drei beträgt. Drei Leute liegen noch unter den Trümmern.

+

Zwei weitere Tote auf „Königin Luise" geborgen.

— Hindenburg, 16. Februar. Donnerstag gegen 22 Uhr konnten auf der „Königin Luise"-Grube zwei weitere Verschüttete geborgen werden.

Am Sonntag, den 19. Februar, und Montag, den 20. Februar, begeht der Morgenländische Frauenmissionsverein, der in Berlin-Lichterfelde sein Missionsheim und Wohnsitz hat, eine Erinnerungsfeier seines 90jährigen Bestehens durch

einen **Gottesdienst am Sonntag, den 19. Februar, nachm. 6 Uhr** in der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche,
Predigt: Missionsdirektor D. Warneck, Barmen;

eine **Missionsversammlung am Montag, den 20. Febr.,** ½8 Uhr abends im Saal des C. V. J. M., Wilhelmstr. 34,
Begrüßungen: Miss.-Präs. Lic. Stosch, Miss.-Insp. Müller,
Vortrag: Kleines und Großes in der Mission, Dir. D. Warneck,
Bibl. Schlußansprache: Sup. Israel.

Es ist eine seltene Gelegenheit, den bewährten Missionsmann und tapferen Führer der Rheinischen Mission, D. Warneck, in Berlin sprechen zu hören. Alle Freunde der Mission und der Sache Christi in der weiten Welt sind herzlich dazu eingeladen.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde zu Bethel.

Sonntag, den 19. Februar 1933 (Sexagesimä).

8½ Uhr: Pastor Voigt; 9 Uhr: Pastor Lethaus; 10 Uhr: Pastor Wilmanns; 11½ Uhr: Kindergottesdienst.
Montag 20¼ Uhr: Gosen, Gemeindebibelstunde.
Donnerstag 19½ Uhr: Pastor Jasper.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute 8 Uhr: Jungvolkabend.
Sonntag 8 Uhr morgens mit Rad, Treffen an Endstation Sieker, zur Fahrt nach Detmold, wo unser Bundeswart P. Juhl spricht. Die Kundgebung ist nachmittags 3 Uhr. — Aus Anlaß dieser Kundgebung verschieben wir den Familienabend auf den 5. März.

— Orgelstunde Zion, Samstag, den 18. Februar 1933, nachmittags 5 Uhr pünktlich.
Ausführende: Herr Nocke (Cello), Herr Seiler (Orgel).

Es wird gespielt:

1. Choral: Kommt her zu mir, spricht Gottes Sohn — Satz J. S. Bach, 1685—1750.
2. Orgelsolo: Dorische Toccata und Fuga — J. S. Bach.
3. Cellosolo: Kirchenarie — Stradella, 1645—1687.
4. Orgel: Ciaconna in D-Moll — Pachelbel, 1653—1706.
5. Cellosolo: Andante cantabile — Cesar Cui, 1835—1918.
6. Freies Nachspiel mit abschließendem Bachchoral: Christe, der du bist Tag und Licht. Tonsatz Bach.

Eintritt frei. Schlußkollekte.

— **Uhr verloren** am Donnerstag auf dem Wege von Mamre nach Neu-Pniel (Schneiderei).
Matareck, Neu-Pniel.

— Große schwarzweiße Katze entlaufen. Mitteilung erbeten nach „Ephrata".

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Bei **Grippe,** Husten, Bronchial- und Lungenkatarrh
nur **Godesberger Brust-Hustenkräuter**
Paket RM 1.35
(Man achte auf die rote Schutzmarke und Godesberg)
Wo nicht erhältlich, portofreier Versand durch Godesberger Kräutervertrieb G. m. b. H., Bad Godesberg

Th. Petzold's Tropfen
das allerprobte, viel tausendmal bewährte Mittel
bei Asthma, Husten, Blutspucken.
Originalpackung mit Bild. Preis 1,80 Mk.
Zu haben in den Apotheken.
Alleinhersteller: **Chem. pharm. Laboratorium Teutoburg Gustav Vinnen, Bielefeld**

Vier Festgrüße für unsere Konfirmanden

möchten die vier Büchlein sein, die wir hier anzeigen. Drei sind schon bekannt, neu ist das vierte.

„Ausblicke" Ein Gruß für unsere Konfirmanden. Dies Büchlein ist 16 Seiten stark, von Frau Professor Meta Voigt-Claudius illustriert und kostet nur 10 Pfg. Mädchen und Buben werden gewiß Freude an der kleinen Gabe haben.

„Unverzagt und ohne Grauen" ist für Knaben gedacht. Es ist 40 Seiten stark, schön illustriert und kostet nur 20 Pfg. — Ebenso groß ist das andere Büchlein

„Unter Gottes Augen", das für Mädchen bestimmt ist. Auch dieses kostet nur 20 Pfg.

„Schau um Dich!" 40 Seiten stark, mit vielen guten Bildern, Preis 25 Pfg. Auch dies Büchlein möchte der heranwachsenden Jugend dienen. Wunder um uns möchte es weisen und die Augen öffnen für die Herrlichkeiten, die Gott der Herr uns, seinen Menschenkindern, bereitet hat.

Freundliche Bestellungen erbittet

Schriftenniederlage der Anstalt Bethel Postscheckkonto Hannover 19657



Der Christliche Erzähler

Erscheint alle 14 Tage. Jedes Heft nur 27 Pfennig. Abonnements jederzeit bei kostenloser Zustellung.

Evangelische
Ernst Moritz Arndt-Buchhandlung
Inhaber: Erich Drzenski
Bielefeld, Bahnhofstraße 22

Sämereien für Garten und Feld
Obstbäume, Beerensträucher beste Sorten
Rosen u. Stauden in guter Auswahl
Dahlien, Knollengewächse
Ziersträucher, Heckenpflanzen
Nadelgehölze, Schlingpflanzen
Preisliste gern auf Wunsch
und sonstige **Gartenartikel** bietet an die
Gärtnerei der Anstalt Bethel
bei Bielefeld

Albert Krabbenhöft Gütersloher Straße Nr. 11
DROGEN FOTO FARBEN
LEBENSMITTEL
Weine . Verbandstoffe
Fotoarbeiten sauber . schnell . preiswert
Abzüge 6x9=10 Pf. 9x12=15 Pf.
Fachmännische Beratung . 30jährige Erfahrung

Suche zum 1. April für meinen landw. Haushalt ein christliches
junges Mädchen
zur Erlernung des Haushalts bei Familienanschluß u. Taschengeld.
Frau Kronshage, Nienhagen bei Leopoldshöhe in Lippe.

Für unser Pensionshaus mit Jugendherberge suchen wir eine
tüchtige Köchin
welche allen Anforderungen für einen großen Küchenbetrieb unbedingt gewachsen ist. Dauerstellung. Ausführliche Angebote mit Gehaltsansprüchen unter A 3110 an die Geschäftsstelle d. „Aufwärts".

Pfarrhaus
unweit Hamburg
bildet 1 bis 2 christl. jg. Mädchen in vielseitigem Haushalt aus. Mädchen vorhand. Zugleich Einführung in kirchl. Betätigung, bes. Jugendarbeit. Jugendheim mit reg. Verkehr, Treffen und Freizeiten. Auch sonstige Anregung, gute Musik. Wald und Heide, groß. Garten mit Badeplatz, Boot, Auto. Anfragen unter A 3114 an d. Geschäftsstelle d. Aufwärts.

WALTER FILLIES
Uhren, Gold- u. Silberwaren
Reparaturen
preiswert u. sauber
Bielefeld, Gütersloherstr. 46a
Gegenüber Bethel-Eingang



31.50 RM monatlich für ein eigenes Haus!
durch ein unkündbares Tilgungs-Darlehen u. Zuteilung. Sicherste Geldanlage bei der größten Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot in Ludwigsburg.
13666 Eigenheime in D. u. G. mit über 200 Millionen Reichsmark finanziert.
Prospekt 58 kostenlos.

Zum 1. März wird für gut bürgerl. Küche ein ges., gewissenh. im Kochen erfahrenes
Mädchen
gesucht. Meldungen unt. A 3112 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

M. v. Brandt
Bielefeld, Schillerplatz 12
An- und Verkauf von Grundstücken;
vorschußfreie Vermittlung von Hypotheken
Uebernahme von Hausverwaltungen und Versicherungen.
Beihilfe in Rechts-, Miet- und Versicherungsschaden-Sachen.

Beilage des Aufwärts

Nr. 42. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld). Sonnabend, den 18. Februar 1933. | 15. Jahrgang.

Was ist deutsches Christentum?

Im Zusammenhang mit den völkischen Religionsbildungen, vor allem des Tannenbergbunds, ist die Frage nach dem Verhältnis von Deutschtum und Evangelium in weiten Volkskreisen brennend geworden. Vor kurzem erschien eine aufschlußreiche Schrift „Um Blut und Glauben — Evangelium oder völkische Religion" von Dr. K. Hutten, 128 S., Kart. 2,— *RM*, (Verlag Steinkopf, Stuttgart), die sich eingehend mit diesem ganzen Fragengebiet beschäftigt. Wir entnehmen ihr einen Abschnitt, der das Wesen des deutschen Christentums zeichnet, nachdem der Verfasser vorher nachgewiesen hatte, daß die deutsche Seele nicht innerlich einheitlich sei, sondern in der Gespaltenheit und Spannung lebe, und empfehlen die Schrift aufs wärmste.

Wenn wir fragen, welches eigentlich die Art deutschen Christentums sei, dann müssen wir uns an den deutschesten unter den deutschen Christen wenden: an Martin Luther. Seine deutsche Tat bestand darin, daß er dem Evangelium in deutschem Verständnis die Weite und die Spannung gegeben hat. Welches waren doch die deutschen Grundsätze der Reformation? Die Freiheit eines Christenmenschen gegenüber dem Verzicht auf religiöse Selbständigkeit in der katholischen Kirche. Die Verantwortlichkeit des Christenmenschen entgegen einem religiösen System, das den Menschen bevormundet und ihm alle Sorge um sich selbst abnimmt. Das unmittelbare Stehen des Menschen vor dem lebendigen Gott gegenüber einer Kirche, die tausend Vermittlungen zwischen Mensch und Gott schob und dadurch die ungeheure Spannung dieses Verhältnisses zerteilte und lähmte. Die Gewissensreligion, die weder durch „gute Werke" noch durch kirchliche Gnadenvermittlung noch durch mystische Aufschwünge und Einswerden das Heil gewinnen ließ, sondern nur durch die persönliche Entscheidung, „allein durch den Glauben", und welche die Schwere der Verantwortung vor Gott nicht durch eine kirchlich-priesterliche Vermittlung beseitigte, sondern sie in ihrer ganzen Wucht auf die Seele des Menschen legte.

Das ist deutsches Christentum! Da weicht man nicht vor der Verantwortung und weicht auch nicht vor dem göttlichen Anspruch. Da verdrückt man sich nicht in religiöse Bequemlichkeit, sondern da stellt man sich frei der Entscheidung. Da ist man herrisch gegen sich selbst und wandelt nicht die ebenen Pfade vorschneller Kompromisse. Da verwirft man alle knechtische Haltung, die sich hinter irgendeine Autorität flüchtet. Da geht man den Weg des Ringens mit Gott im trauenden Glauben an den Erlöser Christus. Da gibt man sich nicht geschlagen aus Müdigkeit und Faulheit. Da steht hinter dem Ringen der stolze Wille: „Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn!" Da ist der Christ denn auch noch in seiner Beugung vor Gott niemals der „zerbrochene Leichnam", sondern das Kind Gottes und nach außen ein freier Herr aller Dinge. Das ist das deutsche Christentum, daß es nicht einer satten Ruhe und eines starren Stillstandes pflegt, sondern unendlich ist in seinem Streben — schaffendes Leben, rastloses Ringen. Der deutsche Christ steht in der Spannung. Er will und braucht sie. Denn er braucht Wachstum. Darin erweist sich sein Leben, daß es Wachstum ist. Für den Deutschen gibt es nicht den Lebensstil des süßen Nichtstuns. Steht er still, so versiegt sein Lebensstrom.

Damit er aber die Spannung habe, muß er den Gegensatz haben. Wir verstehen es nun, weshalb das Evangelium zum Deutschtum gehört: Weil ihm hier eine Macht entgegentritt, die ihm alles gibt — Autorität und Freiheit, Ja und Nein, Anspruch und Antwort. Das Evangelium in seiner Ganzheit ist der große Gegenpol für das deutsche Wesen. Wer diese Polarität wegschaffen will aus Gründen der „Artfremdheit", der hat das Wesen der deutschen Seele nie verstanden. Wir deutschen Christen bejahen Deutschtum und Evangelium ‚beide in ihrer Tiefe. Wir wollen keine „Synthese". Wir wollen auch keine Ueberfremdung des Deutschtums durch das Christentum und wollen keine Entleerung des Evangeliums durch das Deutschtum. Sondern wir wollen die Polarität. Wir wollen sie, obwohl sie schmerzlich ist. Aber sie ist Wachstum. Wir wissen aus der Geschichte, daß das Ringen zwischen beiden Mächten seit tausend Jahren nie zum Stillstand gekommen ist in unserem Volk. Wir segnen uns darob. Denn wir sehen die Früchte dieses Ringens, bei beiden: Beim Christentum und beim Deutschtum. In welchem Volk hat sich die Fülle des Evangeliums reicher entfaltet als bei uns? Und was verdankt unsere deutsche Seele und Kultur dem Evangelium! Es ist ein eigenartiger Bund zwischen Evangelium und Deutschtum. Sie sind einander Gegner und streiten immer wieder gegeneinander. Aber sie sind in alledem gegenseitige Freunde und Schöpfer, und ihre Freundschaft bewährt sich am edelsten noch dort, wo sie miteinander ringen, weil eines vom andern darin beschenkt wird. Wehe, wenn dieser Bund und dieser Gegensatz zerrissen würde! Es wäre damit die geistige Wesenheit unseres Volkes in Frage gestellt.

Das ist die innere Haltung des deutschen Christen zum Evangelium. Weil er in sich selbst das Gesetz der Polarität hat, deshalb lebt er es auch in seinem Verhältnis zum Evangelium. Und hier kommen wir nun noch zu einem weiteren, sehr bedeutsamen Punkt: Das Evangelium selbst ist keine einheitliche, ruhende Größe, sondern es ist unendlich reich an echten und großen Spannungen. Nehmen wir das Gottesbild. Da haben wir die Gegensätze des verborgenen und offenbaren Gottes, des Schöpfers und Erlösers, des Weltenherrn, der den Sternen gebietet, und des Sorgenden, ohne den kein Sperling vom Dach fällt. Oder nehmen wir das Verhältnis Gottes zum Menschen: der Vater und der König, der zornige und der gnädige Gott, der eifrige Gott und der Erbarmer; der Gott, der in einem Licht wohnt, da niemand zukommen kann, und der Gott, der Fleisch geworden ist und unter den Menschen wohnt. Oder betrachten wir das Christusbild im Evangelium: einerseits der liebende Heiland, andererseits der erhabene Herr; einerseits der Friedefürst, andererseits der gekommen ist, nicht Frieden zu bringen, sondern das Schwert; einerseits der sich erniedrigte bis zum Tode am Kreuz, andererseits der Gottessohn, der in Vollmacht göttlicher Sendung unter den Menschen wirkt. Oder der Mensch: Sünder und doch gerecht; Kreatur und Kind Gottes; elend und verworfen, und doch voller Würde und Träger einer Seele, die mehr wert ist als die ganze Welt; der Zeitlichkeit unterworfen und doch ewig; gebunden und doch erlöst; Knecht und doch Herr und Freier. Oder die Heilserwartung: „Viele sind berufen — aber wenige sind auserwählt"; „Schaffet, daß ihr selig werdet, mit Furcht und Zittern"; — „Welche er berufen hat, die hat er auch gerecht gemacht"; das Reich Gottes ist inwendig in uns — es wächst wie das Senfkorn — es wird am Ende der Zeit durch Gottes Allmacht verwirklicht. Oder die Geschichte: sie ist Wirkungsfeld Gottes, bedeutungstief, vorwärtsschreitend zur endlichen Lösung; aber sie ist umrandet von der Ewigkeit und durch sie entwertet. Oder die Offenbarung: sie ist in Christus vollendet und gilt darum für alle Zeiten; aber der Heilige Geist ist über die Gemeinde ausgegossen, erleuchtet sie, ist gegenwärtiges, wirkliches Gottesleben und zeugt durch die Jahrtausende, daß Gott wie einst, so auch heute und immer sich enthüllt und mit den Menschen redet. Oder die Welt und Schöpfung: von Gott geschaffen, den Menschen zur Freude und zum Dank; aber auf der anderen Seite gefallen, voller Verführung und böser Lust, erfüllt von Leid, nach Erlösung schreiend; der Mensch in ihr verwurzelt und doch heimatlos, ein Wanderer zwischen zwei Welten, von Daseinsfreude und Ewigkeitssehnsucht getrieben. Diese und noch zahlreiche andere Spannungen zeigen, daß das Evangelium durchaus nicht bloß eine Verkörperung in sich ruhenden Geistes ist, sondern in seinem Innern durch und durch Bewegung und Spannung ist. Es ist nicht einpunktig und nicht eine einfache, starre Linie, auch kein dogmatisch festzulegendes System. Sondern es ist die Weite und der Raum und die Spannung um Christus. Es ist das Schwingen zwischen den Polen, die fruchtbare Kraft der Gegensätze, die durchaus nicht bieder und harmlos nebeneinander stehen, sondern sich mitunter bis zum Aergernis steigern. So ist auch die christliche Frömmigkeit kein einheitliches, linienhaftes Denken und Wollen, sondern sie ist voll der Vielfältigkeit und des fruchtbaren Schaffens. Sie ist ein stetes, lebendiges Emporringen aus Spannungen, wie Glauben und Wissen, Heilsgewißheit und Bangnis, Sündennot und Erlösung, Knechtschaft und Freiheit, Stolz und Demut, Reinheit und Selbstanklage.

Wir haben damit den letzten Zugang zum Charakter der deutschen Frömmigkeit gewonnen. Wir haben gesehen: die deutsche Seele lebt aus dem Gesetz des Gegensatzes. Diese Polarität kehrt aber wieder in dem Verhältnis Deutschtum — Evangelium und schließlich auch im Evangelium selbst. Es sind Verwandtschaften von grundsätzlicher Bedeutung — Verwandtschaften nicht im Sinn eines Gleichheitszeichens, sondern im Sinn der Struktur. Wir können nur bestimmen, welches das Wesen des deutsch-christlichen Glaubens ist. Es ist jene Frömmigkeit, die nicht einseitig und eindeutig ist, sondern sich mutig in die Spannung stellt. Weil sie das tut, deshalb wird sie tief und bewahrt sich vor Erstarrung. Deshalb ist der fromme Mensch zum Wachstum und zur Selbstentfaltung gezwungen. Das deutsche Christentum ist kein Faulheitspolster und keine bequeme Sache. In der völkischen Religion kann der Mensch sich im besten Fall selbst erfüllen, d. h. seine menschlichen Möglichkeiten ausleben. Hier aber wird er über sich selbst hinausgehoben, weil er vom lebendigen Gott ergriffen wird. Hier wird er „von neuem geboren" aus einem Geist, der ihn „überwindet", d. h. nicht zerstört, sondern nach oben wendet" und größer macht — auch in seiner Ehre, seinem Stolz und seinem Adel.

So ist die deutsche Frömmigkeit: ruhend in Christus, voller Lebendigkeit und geistiger Kraftfülle. Auf diesem Weg fortzuschreiten und immer mehr diese Eigenart zu erfüllen, das ist die Mission gerade der evangelischen Kirche. Denn sie ist durch Luther für diesen Weg von allen einengenden Fesseln befreit worden. Sie hat die Möglichkeit zur vollen Entfaltung deutschen christlichen Glaubenslebens. Weil sie diese Weite und Fülle der Kräfte hat, deshalb hat sie auch die Fähigkeit zu großen Schöpfungen. Sie muß nur die Treue bewahren, ebenso gegen das Evangelium wie gegen die deutsche Art. Beide sind Gegensätze, in ihrem Gegeneinander und Ineinander dazu bestimmt, große Dinge reifen zu lassen und zu einem Lobpreis Gottes zu werden, — vielleicht dem schönsten Lobpreis, den ein Volk dieser Erde seinem Schöpfer darbringen kann.

Politik und Bibel.

Von Hermann Leiß.

In Nr. 23 wird von L. M. bestritten, daß Politik und Bibel etwas miteinander zu tun hätten. (? Schriftl.) Es ist nötig, gerade weil ein innerer Zusammenhang zwischen Politik und Bibel immer wieder und hartnäckig geleugnet wird, — und weil sich L. M. dabei auf P. Otto Funcke beruft — einiges dazu sagen.

1. L. M. bezweifelt, daß es richtig ist, wenn „im Aufwärts Artikelschreiber sich ziemlich oft auf die Bibel, mit Vorliebe auf das Alte Testament, berufen, wenn sie Kritik üben an Zuständen in Politik, Wirtschaft usw.".

Daß solches gerade im „Aufwärts" geschieht, ist nicht zufällig, nennt er sich doch nun einmal mit Absicht „Christliches Tageblatt". Als solches hat er es sich nachgerade zur Aufgabe gemacht, die sog. „weltlichen" Tagesfragen vom christlichen Standpunkt aus zu beurteilen und zu beleuchten. Wenn das grundsätzlich unmöglich wäre, dann müßte er sofort seinen Laden zumachen, denn seine Existenz wäre sinnlos. Wer das Unterfangen einer „Christl. Tageszeitung" für irrig hält, der darf sich eine derartige Zeitung nicht halten, oder er muß sich damit abfinden, daß deren Mitarbeiter „sich auf die Bibel berufen", weil sie die Urzeugnisse christlicher Weltanschauung enthält.

2. „Die Bibel hat keine Meinung über politische und soziale Fragen."

Diese allgemeine Formulierung ist völlig haltlos. Das Gegenteil ist wahr — und neben anderen von mir an diesem Ort mehr als einmal erwiesen worden. Eins allerdings muß erkannt werden: Die Bibel ist ein verhängnisvolles und gefährliches Buch, wenn versucht wird, Menschenmeinungen mit ihr zu stützen, denn sie kann, durch Mißbrauch, den Menschen in den Künsten des Widerspruchs vervollkommnen. Allein im Licht des Heiligen Geistes, dem Inspirator der Heiligen Schrift, sehen wir ihr Licht. Erst als der Herr seinen Jüngern „die Schrift öffnete", konnten sie dieselbe verstehen. Es ist deshalb eine ernste und verantwortungsvolle Sache um Schriftauslegung und Schriftanwendung.

Also: Daß die Bibel sehr klare und eindeutige „Meinungen" hat über „weltliche" Fragen, braucht keinem Bibelkundigen bewiesen zu werden. Diese „Meinungen" gelten für alle Zeiten, auch für die heutige. Darin hat L. M. gewiß recht: „Der Buchstabe tötet, aber der Geist macht lebendig." Auf den lebendigmachenden Geist kommt es ganz allein an! „Die Worte, die ich zu euch rede, sind Geist und Leben" — erklärt unser Herr. Da aber „Geist und Leben" so eng mit den Worten Jesu verbunden sind, ist das „Bleiben an seiner Rede" (Joh. 8) gleichwohl die Voraussetzung zur Erkenntnis der Wahrheit.

Ueber den Zusammenhang zwischen Politik und Bibel, zwischen dem Zeitlichen und dem Ewigen, braucht im übrigen gar nicht disputiert zu werden, denn es ist einfach elementare Tatsache in uns selbst. Die Bibel hat es mit den Menschen zu tun und wir Menschen haben es mit Politik, Gesellschaft, Wirtschaft — kurz: mit dem Alltag zu tun. L. M. sagt selbst, wir müßten „Christen der Tat sein, die im täglichen Leben . . . ihr Christentum beweisen". Was kann aber „Christentum beweisen" anders heißen als: im politischen, sozialen, wirtschaftlichen Alltag leben wie ein Christ? Alles, was wir tun, sollen wir nach biblischer Lehre „zur Ehre Gottes" tun; wir sollen „würdig wandeln des Evangeliums". Das geht nicht ohne klare, christusgemäße Denkart und Gesinnung, ohne klare „Meinung über politische und soziale Fragen" — geschult an der „Meinung der Bibel".

Eben, weil man „die Meinung der Bibel" nicht beachtet oder gar verachtet, geht es in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur drunter und drüber!!

3. „Man kann aus dem Evangelium heraus nichts sagen für oder gegen Monarchie oder Republik, für oder gegen usw. . . ".

Jawohl kann man das! Denn das sind alles nicht „Dinge an sich", sondern Zustände und Verhältnisse, die an die menschliche Existenz gebunden sind, die nicht losgelöst vom Menschen existieren können. Da es sich bei dem allen um „Regelungen" des menschlichen Gemeinschaftslebens handelt, die richtig oder falsch, gerecht oder ungerecht sich vollziehen können und müssen sie auch von Menschen beurteilt und geordnet werden. Und da ist es nun gar nicht anders denkbar, daß der Christenmensch d. h. der, dem es nur um Gerechtigkeit und Wahrheit, nur um Gottes Willen geht, „aus dem Evangelium heraus etwas zu sagen hat". Immerhin — nicht jeder hat über jede Frage „etwas zu sagen" — denn es gibt mancherlei Gaben und Aufgaben und nicht jeder hat die gleichen!

Ueber einzelnes nur ein paar Andeutungen:

a) Staatsform. Im Blick auf das Volkswohl kann vom Evangelium hierzu gesagt werden: „Jede Regierung ist gut, wenn nur gut regiert wird!" Nicht die Staatsform, sondern die Staatsführer bedingen vorab Volkswohl oder Volkswehe. Das Axiom der absoluten Monarchie jedoch: „Der König befiehlt, das Volk gehorcht" — z. B. — kann nicht gut als ein besonders christliches hingestellt werden. Man darf hier schon ein

Wort Jesu anfügen, das eine recht klare „Meinung" und „Aussage" über unumschränkte Staatsgewalt bedeutet (Matth. 20): „Ihr wisset, daß die Herrscher über ihre Völker unumschränkt gebieten, und daß die Großen ihre Untergebenen ihre Macht fühlen lassen. So soll's bei euch nicht sein. Im Gegenteil . . ." (nach Albrecht). Trotzdem, Jesu und Seiner Apostel praktisches Verhalten zeigt uns, daß der Sinn eines Christen (er soll „gesinnt sein, wie Jesus Christus auch war"!) ihn nicht dazu treibt, eine bestimmte Staatsverfassung auf revolutionärem, gewaltmäßigem Wege abzuschaffen bezw. aufzurichten. Nannte man Jesus auch „Volksaufwiegler" (= Revolutionär), — weil er nämlich eine sehr eindeutige „Meinung" über politische und soziale Fragen zum Ausdruck brachte — so war er doch nichts weniger als das.

Auf der andern Seite findet man für die Anerkennung einer „absoluten Demokratie" im „Evangelium" ebensowenig eine Stütze. Gott ist ein Gott der Ordnung, und von ihm werden Menschen und ihre Werke nicht gezählt, sondern gewogen und — gewöhnlich für zu leicht befunden. Das jedenfalls ist sicher: Die Republik, wenn sie gedeihen soll, setzt die höchste Tugend — höchste sittliche Tüchtigkeit, Selbstbeherrschung, Gemeinsinn — voraus. Die demokratische Verfassung an sich ist (ebenso wie die monarchische in sich) kein Hindernis für gerechte Gestaltung des Staatslebens. Jede Art der Herrschaft ist antichristlich, die sich gegen Gott empört, mag sie ihren Sitz in den Vielen oder in dem Einen haben!

Das sind nur „Andeutungen". Es läßt sich viel darüber sagen. Das Gesagte genügt aber um zu zeigen, daß das Evangelium „etwas" auch über die Staatsform zu sagen hat. Nur müssen wir das Evangelium. lieber haben als eine bestimmte Staatsform!! —

b) Freihandel, Achtstundentag, Bodenreform u. ä.: Diese Dinge erfordern — selbstverständlich! — Sachkenntnis. Aber, nicht nur das! Man sieht ja, wohin wir steuern unter der Führung der Bank-, Wirtschafts- und anderer „Sachverständigen". Ebenso wenig wie im Kirchen- und Schuldienst bloße Sachkenntnis den Erziehungserfolg garantiert, ebensowenig führt bloßes Sachverständnis in Politik und Wirtschaft zu gerechten Zuständen. Man lernt immer mehr einsehen, wie sehr alle diese Gebiete beeinflußt werden von Gesinnung und Weltanschauung! „Aus dem Evangelium heraus" ist demnach allgemein zu sagen (nach Phil 4, 8): „Brüder, seid bedacht auf alles, was wahr, was edel, was recht, was rein, was angenehm ist . . ; bemüht euch und jede Tugend und um alles was Lob verdient." Im einzelnen ist zu sagen: Ueber „Achtstundentag" steht in der Schrift — natürlich! — nichts! Aber darüber steht etwas drin, daß wir unsern Verstand gebrauchen sollen und unser Herz mit Gottesliebe füllen lassen sollen. Beides zusammen: klarer Verstand (inkl. wirklicher Sachkenntnis) und Christussinn kann wohl eine vernünftige und gerechte Ordnung der menschlichen Verhältnisse (auch bzgl. Handel, Arbeitszeit, Bodenbesitz) erkennen und erstreben lassen! Und darum geht's: um vernünftige und gerechte Ordnung! Ist auch Vollkommenheit und einerlei Meinung vorläufig unerreichbar, so ist doch das Streben nach Vollkommenheit und nach einerlei Meinung nicht nur erlaubt, sondern sogar unsere Pflicht!

4. „Selbst die staatlichen, sozialen, wirtschaftlichen und sanitären Ordnungen welche im Alten Testament gegeben wurden, sind durchaus nicht maßgebend für uns. Das waren Gesetze und Ordnungen für ein bestimmtes Volk unter ganz besonderen Verhältnissen und für gewisse Zeiten."

Dies „durchaus' kann gar nicht so sicher ausgesprochen werden. Gewiß, das, was nur für das israelitische Volk, nur für gewisse Zeiten und besondere Verhältnisse „geordnet" war, das ist nicht mehr maßgebend für uns. Aber vieles ist von den gen. Ordnungen noch „maßgebend" für uns. Mit Recht konnte Moses, der große und wissende Staatsmann, ausrufen (5. Mose 4): „Wo ist ein so herrliches Volk, das so gerechte Sitten und Gebote habe, als alles dieses Gesetz!" Ich las irgendwo den seltsamen Satz: „In diesem Gesetz, als im Schatten, ist niedergelegt das ganze Justizwesen des Reiches Gottes für jetzt und spätere Zeit." Er ist des Nachdenkens wert. Jesus selbst hob hervor, daß von diesem Gesetz „nicht ein Tüttel verloren gehen soll, bis daß alles erfüllt sei"!

In diesem Zusammenhang muß einmal — gegenüber der beliebten Verächtlichmachung des Alten Testaments — folgendes herausgestellt werden:

Wir Christen haben das Alte Testament nicht von den Juden empfangen, sondern von Christus und Seinen Aposteln! Er, unser Herr, nennt den Kanon der alttestamentlichen Schriften: die Schrift, die nicht gebrochen werden kann; das Gesetz, von welchem kein Jota vergehen soll; die Schrift, die von ihm zeugt. Nach seiner Auferstehung wies er seine Jünger immer wieder auf das Gesetz, die Psalmen und die Propheten hin, da sie von Ihm geschrieben hätten. Allerdings mußte er ihnen — wie oben schon gesagt — erst das Verständnis für diese Bedeutung des Alten Testaments öffnen!

5. „Gottes Wort will im Grunde nur eine Frage beantworten, nämlich diese: Wie findet der Mensch seinen Gott? Ueber alles andere aber . . . will die Bibel nichts sagen."

Welch ein Irrtum! Zwar ist die gen. Frage eine äußerst wichtige und uns in der Bibel klar beantwortete Frage, aber bei weitem nicht die einzige! Er — Jesus — predigte vom „Reiche Gottes". Seine Predigt vom Reich Gottes umfaßte weit mehr als bloß die Antwort auf die „eine Frage: Wie findet der Mensch seinen Gott?" Sie umfaßte Schicksal, Vergangenheit und Zukunft der ganzen Menschheit. Gott hat uns jetzt schon „versetzt in das Reich seines lieben Sohnes". Jetzt schon sind wir berufen: Salz und Licht der Welt zu sein und alles Gerechte und Gute in der Welt zu stützen und zu fördern, dabei sehnsuchtsvoll „wartend auf einen neuen Himmel und eine neue Erde, in denen Gerechtigkeit wohnt" (2. Petri 3). —

Mehr denn je gilt bei der gegenwärtigen Verwirrung der Anschauungen, die Mahnung: „Suchet in der Schrift!" Denn, — hier gibt es eben doch „Enthüllungen über alle möglichen Fragen des Lebens". Aber, zum drittenmal sei's gesagt: Er muß uns die Schrift öffnen!

Auf dem Wege ins Dritte Reich

In Nr. 47 des „Aufwärts" vom 25. 2. 32 wies ich in einem Aufsatze: „Geistige Wandlungen im Nationalsozialismus" darauf hin, daß ich in einer katholischen Bischofsstadt etwas erlebte, während einer nationalsozialistischen Versammlung, vom Werden dessen, worum wir im „Aufwärts" seit Jahren ringen: Eine einige Front zu schaffen für Christus und Deutschland. Ich schloß mit dem Satze: „Die Christen im deutschen Volke, die ihm wahrhaft dienen wollen, haben die Verantwortung, ob sie diese Haltung vertiefen, oder einen nie wieder gut zu machenden Rückschlag herbeiführen wollen."

Fast ein Jahr später marschierten etwa tausend SA.- und SS.-Leute und Stahlhelmer in derselben Stadt auf zu einer Kundgebung anläßlich der Ereignisse um den 30. Januar 1933. Am Nachmittag hatte ich einem Teil der SA.-Leute bei einem Schulungskursus einen Vortrag gehalten: „Das Dritte Reich und das Reich Gottes". Ich konnte das Werden des Dritten Reiches im Lichte des Werdens des Reiches Gottes so darlegen, wie ich es auch hier im „Aufwärts" vertreten habe. Es waren durchweg Leute aus dem Volke, und die teilweise kritischen Gedankengänge wurden gut abgenommen. Als am Abend die Leute mit ihren Kameraden durch die kommunistischen Gassen der Zentrumshochburg marschierten, als mir selber das wilde Schreien der „Rotfrontkämpfer" in den Ohren klang und ich das betretene Schweigen des katholischen Bürgertums, das dem Zentrum nahe steht, bemerkte, da tauchte in mir eine Vision auf, die das „Weib" mit dem „Tier" zusammengehen sah, eine Vision der Endzeit, die jetzt durch Gottes Fügung noch einmal aufgehalten ist, und ich erkannte das Wunder des 30. 1. 33 dankbar als eine Wendung durch Gottes Fügung in unserer deutschen Geschichte an.

Die Stunde für die Bewegung hat nun am 30. Januar 1933 geschlagen. Aber auf der letzten Wegstrecke hat man noch viel nationales Porzellan zerschlagen, mit dessen Scherben wohl die Opposition den kommenden Wahlkampf führen wird. Wenn nun das Kabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht mehr darstellt, als das mühsam zusammengekittete Gebilde der sog Harzburg. Front, dann könnte uns bange sein, ob es den wertvollen Inhalt der deutschen Zukunft fassen kann. Aber wir wollen noch einmal, vom Volke aus gesehen, dem Kreis um Herrn von Papen zutrauen, daß bei dem jetzigen Kurs die christlich-konservativen Bremsklötze nur mit aller Vorsicht gebraucht werden. Denn die Herren müssen wissen, daß bei allzuscharfem Bremsen der Wagen sich mit ihnen überschlägt, wenn nicht vorher der Fall eintritt, daß die Bremser zum Aussteigen genötigt werden. Darüber muß man sich auf der Gegenseite klar sein, Adolf Hitler ist nicht in die Regierung getreten, um sie wieder zu verlassen, sondern sein Durchbruch zum Staate öffnet ihm den legalen Weg ins Dritte Reich! Das Fahrtsignal ist freigegeben. Der Kurs muß national-sozialistisch sein!

Die dem Führer ergebenen Volksteile erhoffen auch Befreiung aus wirtschaftlicher Not. Mit welchem System diese Frage gelöst wird, ist nicht so wichtig als, daß sie überhaupt gelöst wird. Mit den Worten: „sparen", „einschränken", „es ist kein Geld da" usw. kann natürlich nicht gearbeitet werden. Die Kaufkraft der breiten Masse und der mittleren Schichten muß gehoben werden. Wir hoffen, daß der Vierjahresplan diese Frage einer Lösung entgegenführt. Doch ehe darüber diskutiert werden kann, ist es wichtig, daß das Volk selbst erst einmal wieder mit neuen Kräften des Vertrauens, des Wollens und des Glaubens erfüllt wird, damit es noch einmal, nach all den vielen Enttäuschungen den Mut hat, an ein Neues heranzugehen. Der deutsche Volksschullehrer wird immer mehr in seine Aufgabe als Volkslehrer hineinwachsen müssen, da ja der Nationalsozialismus in seinem eigentlichen Wesen eine gigantische Erziehungsaufgabe eine sganzen Volkes darstellt. Die Verantwortung zu aufbauender Mitarbeit wächst aber noch mehr, wenn man die Aufgabe nicht nur vom Volkstum allein, sondern auch vom Evangelium her gestellt sieht. Von diesem Gesichtspunkt aus bedeutete es eine Gefahr, ob man nun zu einer orthodoxen Auffassung der christlichen Grundkräfte oder mehr zu einer idealistisch-philosophischen Lösung Stellung zu nehmen hat. Denn beide lösen sich vom biblischen Fundament So sehr wir uns also als Deutsche über die Wendung der Dinge freuen, so sehr müssen wir als Christen wachsam im Gebet und in der Arbeit bleiben, daß Gott uns die religiöse Erweckung schenkt, die als wirklich bindender Kitt in die neu werdende Volksfront einströmt

Dieser Kraftstrom ist nun, wie der Einsichtige weiß, in unserem Volke bereits vorhanden Er kann aber nicht zur vollen Auswirkung kommen wenn er sich an der Auffassung orientieren sollte, wie sie Alfred Rosenberg in seinenn Büchern. „Das Verbrechen der Freimaurerei" in dem Kapitel über „Deutsches Christentum" und in seinem „Mythus des 20 Jahrhunderts" vertritt So wie Rosenberg seine religiöse Privatmeinung äußert, kann sie nie von uns als „Evangelium" im Dritten Reich anerkannt werden! Ich habe R selbst gehört und bewundere sein Wissen sein klares, sauberes, politisches Wollen. Seine Meinung ist nun nicht etwa kenzeichnend für den Nationalsozialismus als solchen, denn christlichen Idealismus findet man auch in andern Lagern, die die Begriffe: „Sünde und Gnade" nicht mehr verstehen wollen. Was uns nun ihm gegenüber auf diesem Gebiete kritisch sein läßt, ist die Befürchtung, daß bei seiner hervorragenden Stellung seine Meinung parteiamtlich werden könnte und damit — wenn auch ungewollt — der Todeskeim in unsere herrliche deutsche Freiheitsbewegung getragen würde!

Beim Studium der Rosenbergschen Bücher ist es für den bibelgläubigen Christen interessant festzustellen, daß R., trotz seiner Ablehnung so mancher für uns selbstverständlichen Begriffe gar nicht so fern vom Reiche Gottes ist. Mit welcher Begeisterung vermag er in seinem „Mythus" das Verhalten des lebendigen Christen zu schildern, wenn sie in das Licht der Geschichte treten! Wie fühlt er mit den Waldensern, wie nahe weiß er sich der Persönlichkeit und dem Werk Luthers! Freilich sieht er nur die Wirkungen und erklärt die Ursachen aus Blut und Rasse allein. Damit verkennt er aber die aus dem Reiche Gottes kommenden Triebkräfte, wenn wir ihm auch gerne zustimmen, daß sie im germanischen „Motor" ganz besonders zur Geltung und Entfaltung gekommen sind. Um hier zur letzten Erkenntnis hindurchstoßen zu können, fehlt R. das Erleben der persönlichen Wiedergeburt, das Erleben dessen, was der Heiland meinte, als er zu Nikodemus sagte: „Es sei denn, daß jemand von neuem geboren werde, kann er das Reich Gottes nicht sehen." Dürfen und wollen wir ihm oder der von ihm vertretenen Sache einen Vorwurf machen? Niemals! Wir können als Christen nicht die politische Form des Dritten Reiches ablehnen, weil R. und seine Freunde offen aussprechen, wie sie das „Evangelium" verstehen.

Die Ausführungen über die Waldenser haben meinen Blick auf ein Büchlein gelenkt: „Die Waldenser", Festschrift zur Feier des 200jährigen Bestehens des Dorfes Charlottenberg, von M. Ilgen, Pfarrer in Dörnberg. Es steht in unseren Nassauischen Schulbibliotheken und wird wohl im Buchhandel nicht zu haben sein. (Charlottenberg ist eine Waldenserflüchtlingskolonie in meinem jetzigen Heimatkreis, Unterlahn.) Das Material, das Pfarrer Ilgen an den Quellen geschöpft hat, zeigt uns klar und deutlich die Quellen der Kraft, die diese leidgeprüften Menschen sich aus dem Worte Gottes erschlossen. Und diese Quellen sollen nach Rosenbergs Meinung heute für alle Zeiten verschüttet sein? Hier irrt er gründlich. Und es wäre eine politische und geschichtliche Tragödie, wenn Rosenbergs Auffassung vom positiven Christentum, die lebendigen Christen im Dritten Reiche zu einem Waldensermartyrium zwängen. Und nun hat Luther uns das Evangelium noch klarer aufgedeckt als es die Waldenser besaßen, und mit welcher Hochachtung spricht Rosenberg von Luther. Aber dann muß man auch das Werk Luthers anerkennen: nämlich die tiefe Erkenntnis, daß wir nur aus Gnaden selig werden können. Hier hat sich Rosenberg in Widersprüche verwickelt, für die er uns einmal eine Antwort schuldig ist in irgendeiner Form. Denn wenn Rosenberg wirklich die politischen Konsequenzen aus seiner religiösen Haltung zöge, dann stünde er morgen beim Tannenbergbund und das ist mit dem Treuebegriff eines Alfred Rosenberg dem Führer gegenüber absolut unvereinbar.

Wenn uns Adolf Hitler den Weg ins Dritte Reich führt, damit wir hier im Ständestaat ein vernünftiges Dasein führen können, dann erfüllt er eine historische Einigungsaufgabe im deutschen Volk, die einem Bismarck gestellt war, als er zu seiner Zeit die deutschen Stämme zu einigen hatte.

Und diese äußere Form des Dritten Reiches muß bald gebaut werden von denen, die dazu von der Geschichte berufen sind und die den Inhalt dafür mitbringen. Es ist eine Sünde wider den Bestand der kommenden Generation, die ihr Lebenswerk anfassen konnte, gestalten konnte, und nicht vertrauensvoll zurücktreten kann, damit die jungen Kräfte antreten, unnd ihr Erbe erwerben, um es zu besitzen. Wenn Moeller van den Bruck schreibt: „Der deutsche Nationalismus ist Streiter für das Endreich. Es ist immer verheißen. Und es wird niemals erfüllt. Es ist das Vollkommene, das nur im Unvollkommenen erreicht wird . . ", so vermögen wir ihm als Christen nicht zuzustimmen. Wir müssen die politische Daseinsform eines Volkes, das seinen staatlichen Ausdruck sucht, unterscheiden vom Reiche Gottes, von dem wir im Vaterunser sprechen, wenn wir beten: Dein Reich komme! Dieses Reich Gottes als Fernziel, das wir von Gott als Geschenk erbitten und das wir nicht bauen können, müssen wir ansteuern, wenn wir das Dritte Reich als Nahziel erreichen wollen. Der Weg in das Dritte Reich darf uns nicht vom Reiche Gottes hinwegführen, sondern er muß uns deutschen Christen ausgerichtet sein mit dem Wege ins Reich Gottes. Wenn wir in unserem Dienst am Volk das Wort zur Richtschnur nehmen: „Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes, dann wird euch dies alles zufallen . . .", dann haben wir die innere Stellung, die uns nicht in den Konflikt mit dem Religionsbegriff aus dem Mythus des 20. Jahrhunderts bringt. Setzt man aber irgendeine irdische Einrichtung gleich dem „Reich Gottes" oder dem „Tausendjährigen Reich", das nur im Blute, nur in der Zuchtwahl beruht, dann wird dieses Bemühen bald einer Lächerlichkeit anheimfallen, weil wir Menschen, die „auf dem Wege" sind, sei es nun in Dingen des körperlichen oder seelischen Seins, immer den Staub an uns tragen werden, den Staub der Sünde, der wohl durch das Blut gereinigt wird, aber nur durch das Blut, das einem Mythus entspringt, nach dem wir das Jahrhundert als das zwanzigste zählen. Hier, in diesem freien Geschenk Gottes ruht die Gnade, das so sehr mißverstandene Gottesgnadentum, das kein Vorrecht der Könige ist, sondern den letzten Taglöhner zum Königskinde, zum Kinde Gottes adelt.

Georg Wehnert.